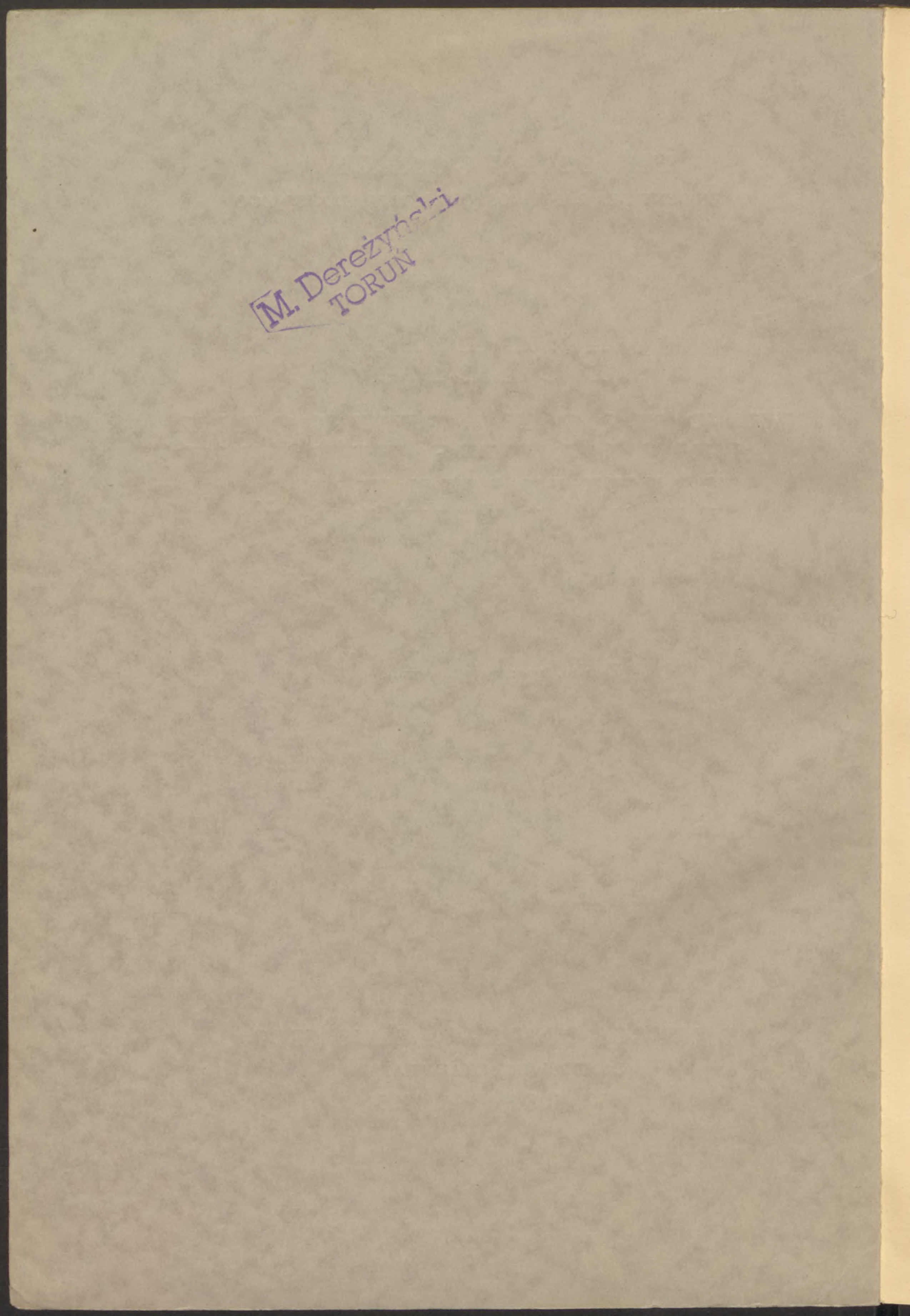
Dr. ROMAN GÓRECKI
PRÄSIDENT DER BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO

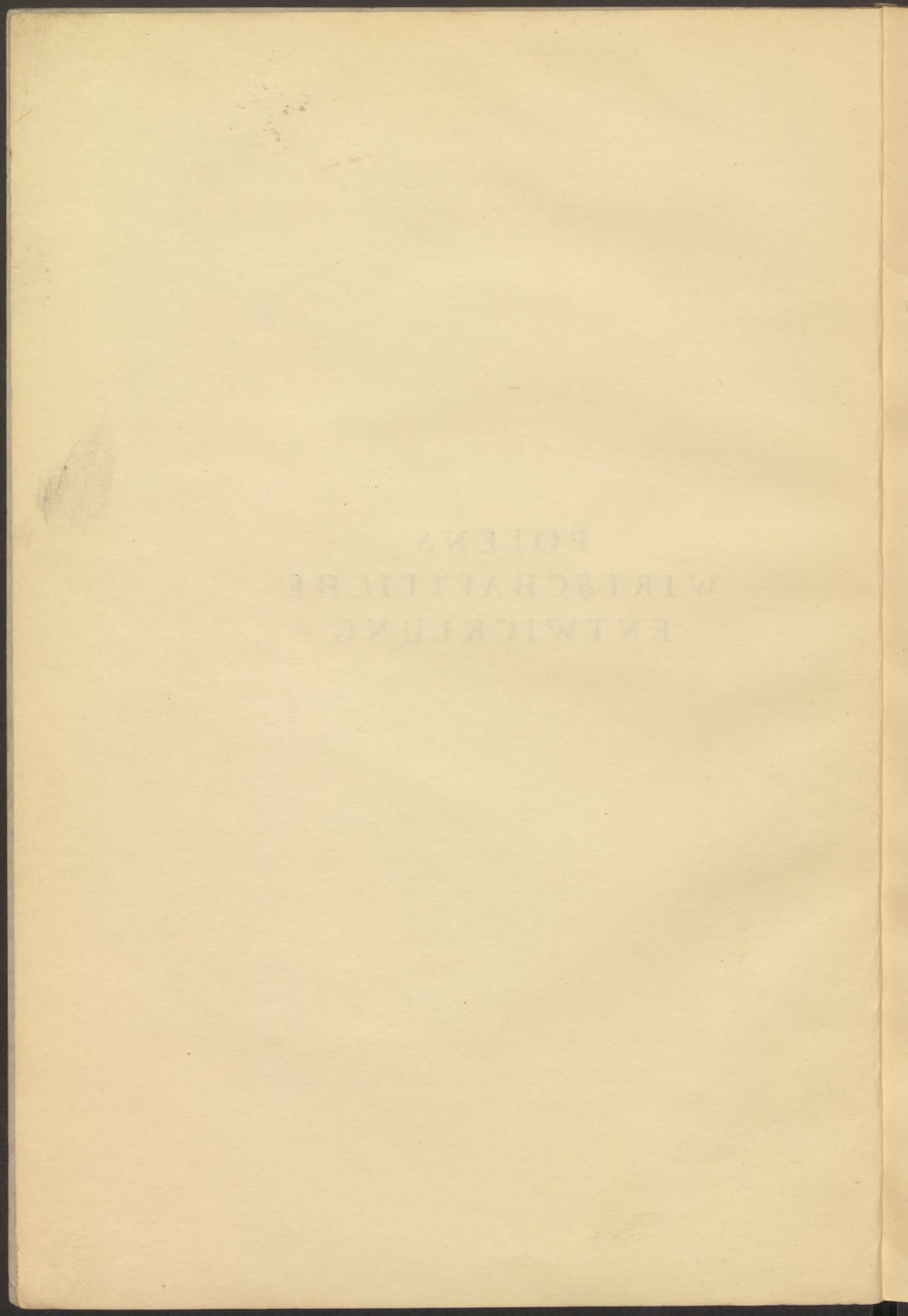
POLENS WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Zweite, erweiterte Neuauflage

BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO
(LANDESWIRTSCHAFTSBANK)
WARSZAWA 1935



POLENS
WIRTSCHAFTLICHE
ENTWICKLUNG

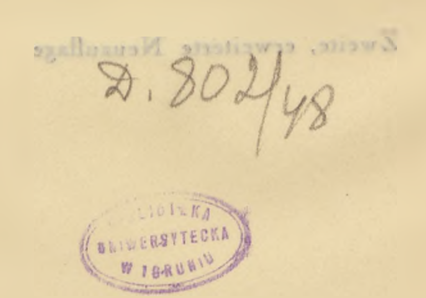


Dr. ROMAN GÓRECKI
PRÄSIDENT DER BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO

POLENS WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

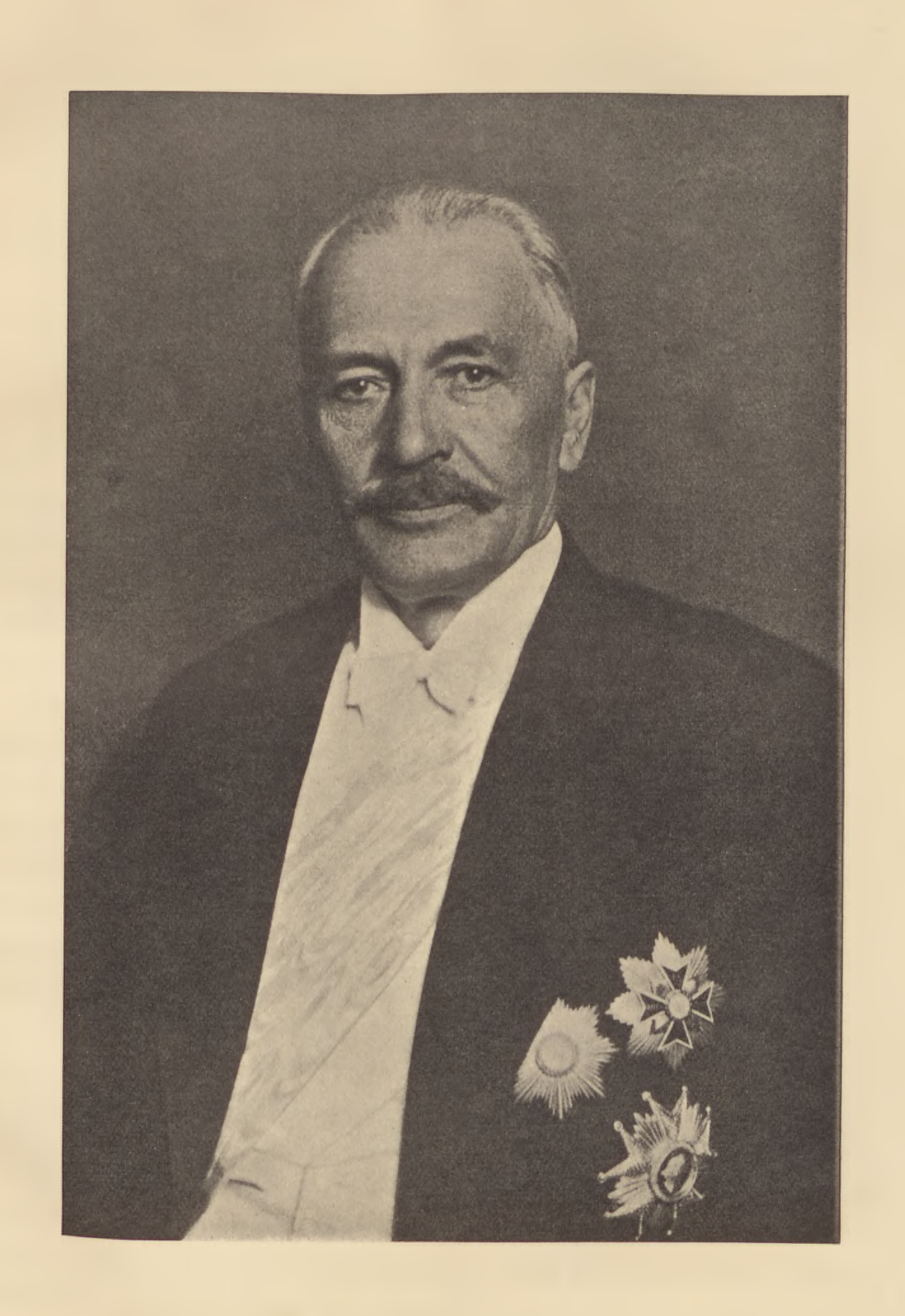
Zweite, erweiterte Neuauflage

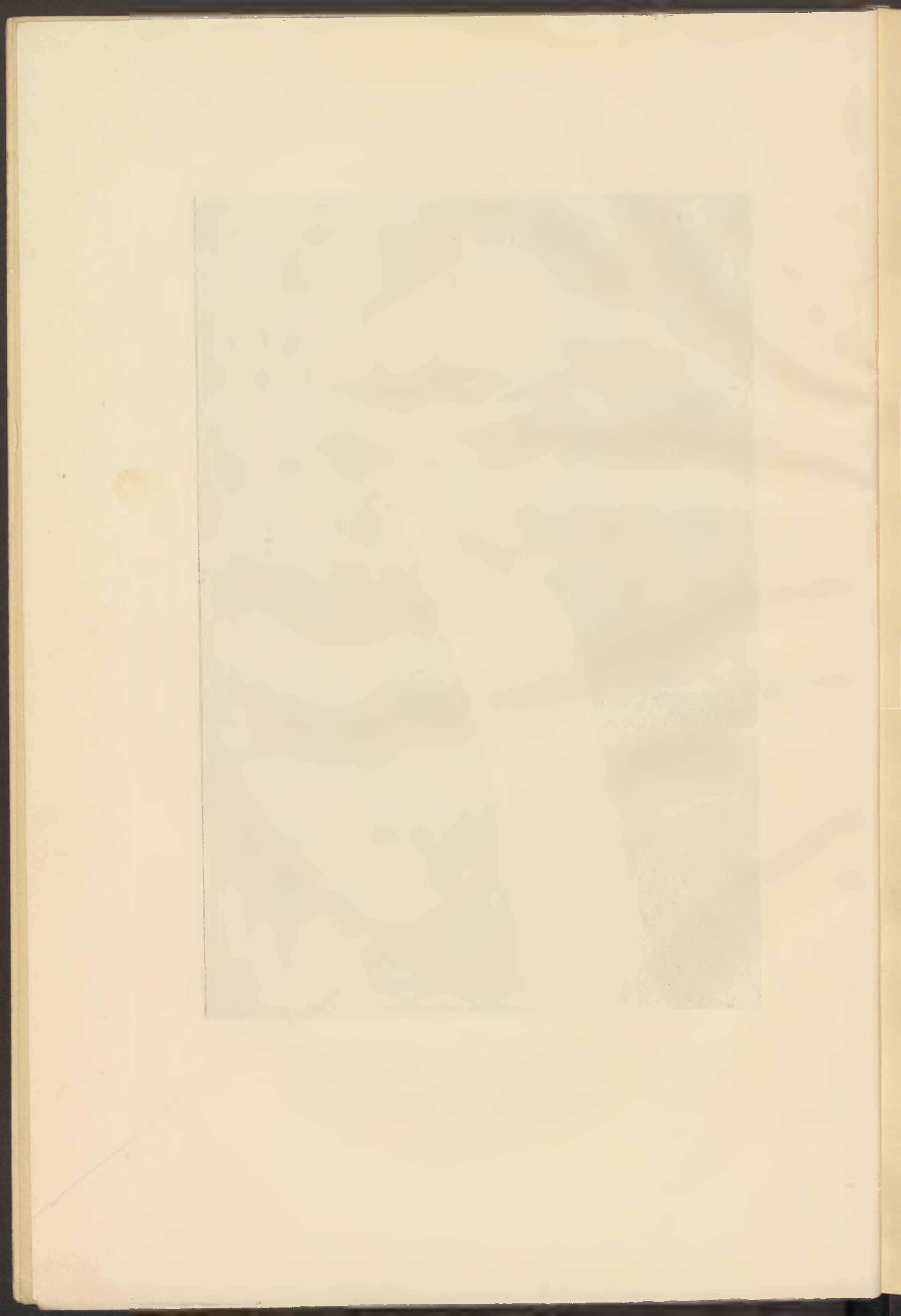
BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO
(LANDESWIRTSCHAFTSBANK)
WARSZAWA 1935



Photographien von Poddębski und Photo-Plat — Warszawa

Drukarnia Współczesna Sp. z o. o. — Warszawa, Szpitalna 10





PROFESSOR DR. IGNACY MOŚCICKI
PRÄSIDENT DER REPUBLIK POLEN

Am 1. Dezember 1867 in Mierzanowice im ehemaligen Kongresspolen geboren, legte Ignacy Mościcki, der heutige polnische Staatspräsident, seine Gymnasialprüfungen in Warszawa ab und studierte dann an der Technischen Hochschule in Riga. Aus politischen Gründen musste er im Jahre 1891 das russische Reichsgebiet verlassen; er begab sich nach London, wo er sein Studium fortsetzte und sich gleichzeitig in den Kreisen der polnischen Emigranten politisch betätigte.

Im Jahre 1897 siedelte der junge Gelehrte nach Freiburg in der Schweiz über, wo er sich mit grossem Erfolg Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Elektrochemie und Elektrophysik widmete, die zu zahlreichen Erfindungen führten. Die fünfzehnjährige Tätigkeit an der Universität Freiburg verschaffte Prof. Mościcki Weltruf. 1912 wurde er auf den Lehrstuhl der physikalischen Chemie und Elektrochemie nach Lwów berufen, wo er sich ganz der Arbeit am Aufbau einer chemischen Industrie in Polen widmete. Nach dem Kriege wurde ihm die Leitung der staatlichen Stickstoffwerke in Chorzów übertragen, die ihm ihre grosse Entwicklung verdanken.

Die Wahl Prof. Mościckis zum Präsidenten der Republik erfolgte im Jahre 1926. Nach Ablauf seiner siebenjährigen Amtsperiode wurde er 1933 wiedergewählt. Auch in dieser hohen Stellung widmet Präsident Mościcki seine Mussestunden wissenschaftlichen Arbeiten; er bringt insbesondere den Problemen der chemischen Industrie Polens nach wie vor grösstes Interesse entgegen.

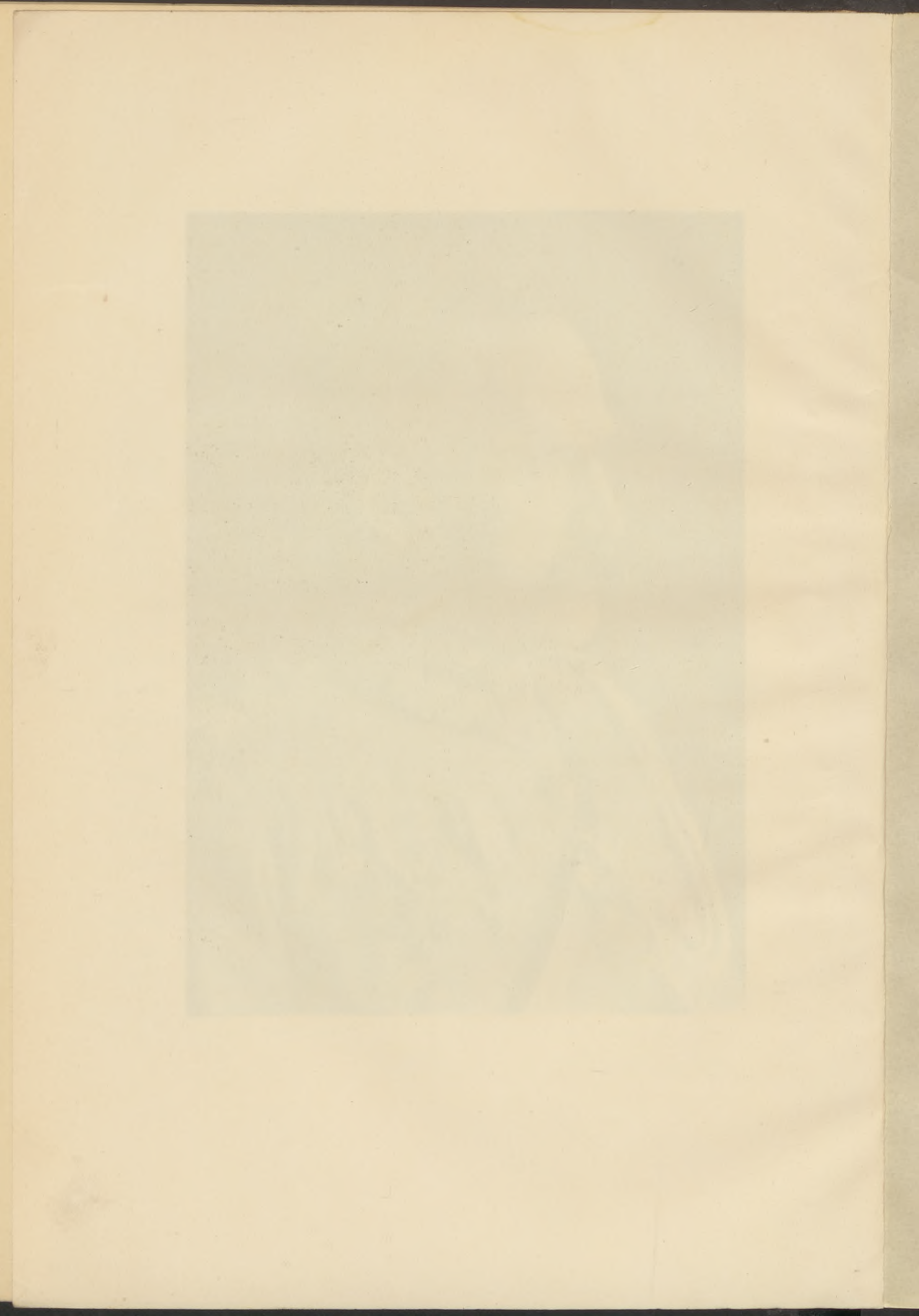
PROFESSOR DR. IGNACY MOŚCICKI
PRÄSIDENT DER REPUBLIK POLEN

Am 1. Dezember 1867 in Mierzanowice im ehemaligen Kongresspolen geboren, legte Ignacy Mościcki, der heutige polnische Staatspräsident, seine Gymnasialprüfungen in Warschau ab und studierte dann an der Technischen Hochschule in Riga. Aus politischen Gründen musste er im Jahre 1892 das russische Reichsgebiet verlassen; er begab sich nach London, wo er sein Studium fortsetzte und sich gleichzeitig in den Kreisen der polnischen Emigranten politisch betätigte.

Im Jahre 1897 siedelte der junge Gelehrte nach Freiburg in der Schweiz über, wo er sich mit grossem Erfolg Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Elektrochemie und Elektrophysik widmete, die zu zahlreichen Erfindungen führten. Die fünfzehnjährige Tätigkeit an der Universität Freiburg [illegible] Prof. Mościcki [illegible]. 1912 wurde er auf den Lehrstuhl der physikalischen Chemie und Elektrochemie nach Lwów berufen, wo er sich ganz der Arbeit am Aufbau einer chemischen Industrie in Polen widmete. Nach dem Kriege wurde ihm die Leitung der staatlichen Stickstoffwerke in Chorzów übertragen, die ihm ihre grosse Entwicklung verdanken.

Die Wahl Prof. Mościckis zum Präsidenten der Republik erfolgte im Jahre 1926. Nach Ablauf seiner siebenjährigen Amtsperiode wurde er 1933 wiedergewählt. Auch in dieser hohen Stellung widmet Präsident Mościcki seine Mussestunden wissenschaftlichen Arbeiten; er bringt insbesondere den Problemen der chemischen Industrie Polens auch jetzt sein grösstes Interesse entgegen.





MARSCHALL JÓZEF PIŁSUDSKI

Der erste Staatschef des wiedererstandenen Polen und Schöpfer des polnischen Heeres wurde am 5. Dezember 1867 in Żułów in der Wojewodschaft Wilno geboren. Schon in jungen Jahren widmete er sich mit Leidenschaft dem Kampf um die Selbständigkeit Polens; 1888 wurde er dafür zu fünfjähriger Verbannung nach Sibirien verurteilt. Nach Polen zurückgekehrt, trat Józef Piłsudski der Polnischen Sozialistenpartei bei und organisierte im Jahre 1905 den Kampf gegen die russischen Bedrücker. Er musste dann nach Galizien fliehen und arbeitete dort mit unermüdlicher Kraft weiter an der Vorbereitung des polnischen Freiheitskampfes. Da Oesterreich in seinem polnischen Teilgebiet eine liberalere Politik trieb als die anderen Teilungsmächte in ihren polnischen Provinzen, fanden in Galizien auch zahlreiche andere Vorkämpfer des freien Polen Zuflucht und Gelegenheit zu politischer Betätigung. Ihre Bestrebungen galten in erster Reihe der Bildung militärisch organisierter und ausgebildeter Formationen, der sogenannten "Schützenverbände", die später die Grundlage der Wehrmacht Polens bilden sollten. Aus diesen Organisationen entstanden dann beim Ausbruch des Weltkriegs die polnischen Legionen, an deren Spitze Piłsudski am 6. August 1914 nach Kongresspolen zum Befreiungskampf gegen Russland zog.

Piłsudski sah Russland als den Hauptfeind der polnischen Unabhängigkeit an. Nachdem aber die Heere des Zaren das polnische Gebiet auf ihrem Rückzug geräumt hatten, wandte er sich, um alle Teile Polens zu befreien, gegen die Zentralmächte. Die Folge war, dass er am 20. Juli 1917 festgenommen und in der Festung Magdeburg inter-

niert wurde. Nach seiner Befreiung im November 1918 kehrte Józef Piłsudski nach Warszawa zurück und übernahm die oberste Staatsgewalt im wiedererstandenen Polen. Er bildete eine Regierung, berief den Sejm zusammen und zog in siegreichem Kampf gegen den bolschewistischen Einfall die Grenzen des neuen Staates.

Im Jahre 1923 zog sich Marschall Piłsudski aus dem politischen Leben zurück, um drei Jahre später seine Kräfte von neuem in den Dienst des Volkes zu stellen. Seit 1926 war seine unermüdliche Arbeit ganz der inneren Erneuerung und Festigung des polnichen Staatswesens, dem Aufbau der Wehrmacht und dem Ausbau der Grossmachtstellung Polens in der Welt gewidmet, bis ihn am 12. Mai 1935 der Tod ereilte.

Der schwere Verlust, den die polnische Nation an diesem Tage erlitten hat, erschütterte auf beispiellose Weise die Gemüter des ganzen Volkes, veranlasste aber auch gleichzeitig die einträchtige Sammlung aller Kräfte und Bestrebungen zur Erhaltung und zum Ausbau des unvergänglichen Werkes, das der grosse Marschall seinem Volke hinterliess.

Als ich vor vier Jahren der Leserschaft einen kurzen Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung des neuen Polen übergab, schloss ich ihn mit folgenden Bemerkungen:

„Die wirtschaftlichen Errungenschaften, die wir kurz dargelegt haben, zeugen von den grossen Entwicklungsmöglichkeiten und von der vitalen Widerstandskraft Polens in Krisenperioden, wie der heutigen, und prophezeien das Beste für die Zukunft des Landes.

Die Wirtschaftsentwicklung ist nicht bloss ein Werk unermüdlicher Arbeit der führenden Kreise, sondern ein Werk des ganzen Volkes, das mit Tatkraft und Begeisterung an der Verwirklichung der grossen Devise Marschall Josef Piłsudskis arbeitet: ‚Es werden Zeiten kommen, die durch ein Wettrennen der Arbeit gekennzeichnet sein werden, wie sie vordem durch ein Wettrennen des Eisens, durch ein Wettrennen des Bluts gekennzeichnet waren'.

Die bisherigen Resultate der Arbeit bestätigen, dass das polnische Volk die Devise seines Marschalls — des Symbols seiner Freiheitskämpfe und der Auferstehung des polnischen Staates — wohl verstanden hat".

Diese Bemerkungen bezogen sich auf die Entwicklung der Jahre 1924 bis 1930, die wir damals bei der Darstellung der Hauptgebiete des polnischen Wirtschaftslebens berücksichtigten.

Seither ist die kurze Zeit der vier Jahre 1931 bis 1934 verstrichen. Ich glaube mich aber keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn ich sage, dass jedes dieser vier Jahre hinsichtlich der Bedeutung seiner Ereignisse einem Jahrzehnt in normalen Zeiten gleichkommt.

So schien es mir überaus zweckmässig, die Entwicklung Polens gerade in diesen vier schwersten Jahren der letzen Epoche vorzuführen.

Muss sich doch auf diese Weise am besten feststellen lassen, ob unsere Schlussfolgerungen vor vier Jahren richtig waren.

Will man heutzutage die Lage eines wirtschaftlichen Organismus prüfen, so hat man zu fragen: wie reagiert er auf die nachteiligen Folgen der Wirtschaftskrise, wie weit gelangt er im Kampf mit der grössten Heimsuchung, die die Menschheit erlebte?

Für Polen ergibt sich eine einfache Antwort: sein Wirtschaftsorganismus zeigt nicht geringere Widerstandskraft als andere, alte und wohlhabende Volkswirtschaften, ja, auf vielen Gebieten sind sogar bessere Ergebnisse zu verzeichnen als anderswo. Dieses Resultat verdanken wir einerseits den grossen Leistungen und Opfern der ganzen Nation, andererseits aber auch der rationellen Wirtschaftspolitik der Regierung, die auf drei Grundsätzen beruht :1. Stabilität der Währung, gestützt auf Gleichgewicht des Staatshaushalts und aktive Handelsbilanz, 2. Förderung der inneren Kapitalbildung und 3. Anpassung aller Elemente des Wirtschaftslebens an die neuen, durch die Krise gegebenen Bedingungen.

Wir haben Experimente aller Art vermieden, haben insbesondere auf alle Versuche zu künstlicher „Ankurbelung der Konjunktur" verzichtet, überzeugt, dass nur die einfachen, klassischen Methoden der Wirtschaftspolitik sichere, positive Resultate ergeben. Prüfen wir auf den einzelnen graphischen Darstellungen die Entwicklungslinien dieser Jahre, so sehen wir für eine ganze Reihe von Gebieten des Wirtschaftslebens die Tendenz zur Stabilisierung oder gar zum dauernden Aufstieg und können die Feststellung wagen, dass die schlimmste, die schwerste Zeit schon hinter uns liegt.

Das flösst uns Glauben an die Zukunft ein und gibt Kraft zu weiterer Arbeit.

Dr. Roman Górecki.

Im Juni 1935.

POLENS WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSBEDINGUNGEN

Der wiedererstandene polnische Staat stand, als er 1918 an den Neubau seiner Volkswirtschaft heranging, vor weit schwierigeren Aufgaben, als sie die anderen vom Kriege betroffenen Länder beim Wiederaufbau zu leisten hatten. Denn Polen hatte nicht nur besonders grosse Kriegsschäden erlitten, da fast das ganze Gebiet der Republik von den Kampfhandlungen erfasst worden war und der Krieg hier noch zwei Jahre länger dauerte als anderswo. Es waren vielmehr auch noch die Folgen von anderthalb Jahrhunderten der Fremdherrschaft auszugleichen.

Die Teilungen Polens lasteten schwer auf der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Der Verlust der nationalen Selbständigkeit für fast 150 Jahre musste umso fühlbarer auf den Wirtschaftsstand der polnischen Gebiete einwirken, als das 19. Jahrhundert stärker als irgendeine andere Epoche die ökonomische Verfassung der ganzen Welt veränderte. War doch das letzte Jahrhundert die Zeit der mächtigen Entwicklung der grosskapitalistischen Wirtschaft, der Industrialisierung ganzer Länder, der Entstehung riesiger Städte, der Vervollkommnung des Verkehrswesens durch Einführung der Eisenbahnen, der Hebung des Volkswohlstands und der wachsenden Macht der kapitalistischen Staaten.

Polen war damals zwischen drei Staaten aufgeteilt, die ihrerseits verschiedenen wirtschaftlichen Aufbau und voneinander abweichende Wirtschaftspolitik aufwiesen. Diese Staaten wollten die ökonomische Entwicklung Polens verhindern und das polnische Volk verarmen lassen, um seinen Widerstand zu brechen und es zum Kampfe unfähig zu machen. Unter solchen Bedingungen konnte keine Rede davon sein, mit den anderen Nationen in der wirtschaftlichen Entwicklung Eu-

ropas gleichen Schritt zu halten, besonders in der Industrialisierung, der Entwicklung eines eigenen Handels und dem Aufbau eines selbständigen Kredit- und Bankwesens.

Die Vereinigung der polnischen Gebiete und die Schaffung eines unabhängigen Staates wurden in einem Zeitpunkt durchgeführt, als das Land durch beispiellose Verarmung wirtschaftlich völlig erschöpft war. Der Weltkrieg tobte Jahre hindurch auf dem Boden des heutigen polnischen Staatsgebiets. Was die unmittelbaren Kriegshandlungen nicht zerstörten, das wurde durch die Besatzungswirtschaft ruiniert. Die Statistik der Kriegsschäden zählt rund 1 800 000 niedergebrannte Gebäude in Stadt und Land im Werte von anderthalb Milliarden Goldfranken auf. Zu Ende der Besatzungszeit lagen fast 4½ Millionen Hektar brach. Die Schäden am lebenden Inventar beliefen sich auf 2 Millionen Stück Rindvieh, rund 1 Million Pferde sowie 1½ Millionen Stück Schafe und Ziegen. Auf das Gebiet der Kriegshandlungen entfielen 6 790 000 ha Wald, von denen 2 215 000 ha durch die fremden Armeen zerstört und verwüstet wurden; diese führten 132 Millionen cbm Nutzholz aus Polen aus. Die Industrie des früheren Kongresspolen verfiel fast vollständig. Am meisten litt die Textilindustrie der Bezirke von Łódź und Białystok, welche, abgesehen von den Schäden an den Gebäuden, auch von Maschinen und Fabrikeinrichtungen, Rohstoffen und Fertigwaren entblösst wurde. Die Berg- und Hüttenindustrie und das verarbeitende Metallgewerbe wurden beinahe völlig stillgelegt; grossen Schaden erlitt auch die Erdölindustrie in Ostgalizien. Gerade in der Industrie waren die Schäden nicht nur das Ergebnis unmittelbarer Kriegshandlungen, sondern zum grösseren Teil durch die Raubwirtschaft der Besatzung, Requisitionen und Enteignungen, hohe Kontributionen und den Verlust aller Forderungen für die Vorkriegslieferungen nach Russland entstanden. Als Beispiel sei erwähnt, dass aus Polen 4 259 Elektro- und andere Motoren, 3 844 Arbeitsmaschinen und 98 000 t Armaturen weggeführt wurden. Insgesamt wurden die Verluste der Industrie auf 10 Milliarden Goldfranken geschätzt. Das rollende Eisenbahnmaterial des russischen Teilgebiets wurde während der Evakuierung in grösstem Umfang nach

Russland verbracht. Die Hälfte der Brücken, Stationsgebäude und Eisenbahnwerkstätten lag in Schutt und Asche.

Von der Okkupationsverwaltung erbte Polen ein vollständing desorganisiertes Geldsystem. Auf polnischem Boden waren im Augenblick der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit mehrere ganz verschiedene Währungen im Umlauf: österreichische Kronen, russische Rubel, deutsche Mark und verschiedene andere während der Okkupation emittierte Geldzeichen. Die Arbeitsstätten aller Art waren im grösseren Teil des Landes zerstört, die Bevölkerung physisch entkräftet und ohne alle materiellen Vorräte — das war das düstere Bild der wirtschaftlichen Lage, die der polnische Staat vorfand, als er zu selbständigem Dasein ins Leben trat. Aber auch nach dem Ende des Weltkriegs konnte die polnische Nation ihre Schwerter noch nicht in Pflugscharen umschmieden. Noch weitere zwei Jahre musste sie den blutigen Kampf um ihre Ostgrenzen führen. Nach dem siegreichen Krieg mit dem bolschewistischen Russland kam neues wirtschaftliches Unglück in Gestalt der mehrjährigen Geldinflation, welche weiterhin die normale ökonomische Entwicklung untergrub und die endlich wieder entstehenden Produktionskapitalien wiederum vernichtete.

Man muss die eben geschilderten Bedingungen kennen, unter denen die wirtschaftliche Aufbauarbeit des wiedererstandenen Polen begann, um die ganze Grösse der wirtschaftlichen Anstrengung und Leistung des polnischen Volkes voll zu würdigen. In den ersten anderthalb Jahrzehnten nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit hat es nicht nur die Vernachlässigungen seitens der Teilungsmächte und die gewaltigen Kriegsschäden überwunden, sondern es konnte auch in dieser kurzen Zeit die Grundlagen der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung so fest untermauern, dass Polen heute über die ökonomische Krise hinwegkommt und geringere Schäden dadurch genommen hat als andere, bedeutend wohlhabendere Staaten.

Im engen Rahmen dieser Broschüre kann kein genaues und ins Einzelne gehendes Bild der wirtschaftlichen Lage des wiedererstandenen Polen nach allen Richtungen hin ausgemalt werden. Nur auf ei-

nige grundlegende Faktoren sei hingewiesen, welche die natürliche Entwicklungskraft Polens und die bereits erzielten wirtschaftlichen Fortschritte besonders hell beleuchten.

Ueber die Entwicklungsmöglichkeiten und die Bedeutung jedes Landes in der Weltwirtschaft entscheiden die naturgegebenen Voraussetzungen und Bedingungen. Dazu gehören vor allem geographische Lage und Ausdehnung des Landes, Bodenreichtümer und Kapitalbesitz, Bevölkerungsdichte und natürlicher Bevölkerungszuwachs sowie Volkscharakter und- eigenschaften.

BODENFLÄCHE, BEVÖLKERUNG UND NATÜRLICHE REICHTÜMER POLENS

Polens geographische Lage in Europa ist auf Seite 13 dargestellt, welche die politischen Grenzen der europäischen Staaten nach dem Weltkrieg zeigt. An Bodenfläche bleibt Polen nur hinter fünf anderen Staaten in Europa zurück: Russland, Frankreich, Spanien, Deutschland, Schweden. Die Ausdehnung Polens beträgt fast 389 000 qkm, ist also annähernd zehnmal so gross wie diejenige der Schweiz oder Dänemarks und fast viermal so gross wie die Ausdehnung der Tschechoslowakei. Dank seiner zentralen Lage in Europa ist Polen eines der wichtigsten Durchgangsgebiete sowohl in westöstlicher als auch in nordsüdlicher (und umgekehrter) Richtung. Die Staatsgrenzen sind rund 5500 km lang. Die ausgedehnteste Grenze besitzt Polen mit dem Deutschen Reich (fast 35 v. H. der Gesamtgrenze); es folgt diejenige mit Russland (25 v. H.); weit kürzer sind die gemeinsamen Grenzen mit der Tschechoslowakei, Rumänien, Lettland und Litauen. Die Meeresgrenze zur Ostsee beträgt kaum 140 km oder 2,5 v. H. der Gesamtgrenzen. Verwaltungsmässig ist die Gebietsfläche Polens in 17 Wojewodschaften geteilt, unter denen die Hauptstadt Warszawa eine besondere Wojewodschaft bildet.

Das Staatsgebiet Polens wird gegenwärtig von 33 Millionen Menschen bevölkert; es steht in dieser Beziehung in Europa an sechster

POLEN UNTER DEN STAATEN EUROPAS



POLEN STEHT IN EUROPA AN 6. STELLE NACH BODENFLÄCHE UND BEVÖLKERUNGSZAHL

Bodenfläche In 1000 qkm	
UdSSR	21176
Frankreich	551
Spanien	512
Deutsches Reich	471
Schweden	449
Polen	**389**

Bevölkerung In Millionen	
UdSSR	165,7
Deutsches Reich	66,0
Grossbritannien	46,3
Frankreich	42,0
Italien	41,7
Polen	**33,0**

Stelle, nach Russland, Deutschland, England, Frankreich und Italien. Die Bevölkerungsdichte beträgt 86 Einwohner auf 1 qkm; in dieser Hinsicht übertrifft Polen Länder wie Dänemark, Oesterreich, Frankreich und steht nach der Siedlungsdichte an 9. Stelle in Europa. Dieses Verhältnis bessert sich ständig zugunsten Polens, das zu den Ländern mit dem stärksten natürlichen Bevölkerungszuwachs gehört. In den Jahren 1930 bis 1934 betrug der Zuwachs durchschnittlich je 451 000 oder 14,0 auf 1000 Einwohner. Andere europäische Staaten haben einen bedeutend niedrigeren Zuwachs; so betrug beispielsweise im Jahre 1933 die Bevölkerungszunahme auf 1000 Einwohner in Italien 10,1, in der Tschechoslowakei 5,5, in der Schweiz 5,0, in Deutschland 3,5, in England mit Wales 2,1 und in Frankreich 0,5. Die starke Vermehrung der Einwohnerzahl sichert Polen für die Zukunft eine vollauf genügende Zahl von Arbeitskräften und die wachsende Bevölkerungsziffer bringt eine der stärksten Spannkräfte in seine politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Die Bevölkerung Polens ist in ihrer überwiegenden Mehrheit landwirtschaftlich tätig. In der Land- und Forstwirtschaft sind nämlich 63,8 v. H. der Einwohner beschäftigt, im Bergbau und der Industrie 15,4 v. H., im Handel, Versicherungs- und Verkehrswesen 9,5 v. H., während auf alle übrigen Berufe die restlichen 11,3 v. H. entfallen. Diese Berufsverteilung zeigt, dass Polen ein Agrar- und Industriestaat ist, in dem jedoch der landwirtschaftliche Faktor ein ziemlich starkes Uebergewicht besitzt. Auf die Städte entfallen 27 v. H. der Bevölkerung. Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern besitzt Polen 12, darunter an erster Stelle Warszawa mit 1 220 000 Seelen.

Die Landwirtschaft nutzt in Polen fast 68 v. H. der Gesamtoberfläche des Landes. Auf Ackerland entfallen 18 557 000 ha oder 49 v. H., auf Wiesen und Weiden 17 v. H., auf anderes landwirtschaftlich genutztes Gebiet 1,5 v. H. der Gesamtfläche. In Bezug auf die Bodennutzung steht Polen an dritter Stelle in Europa hinter Dänemark und Ungarn. Das Waldgebiet beträgt über 8 000 000 ha oder 22 v. H. der Gesamtfläche. Der jährliche Zuwachs an Holz beträgt 21,5 Millionen cbm und ermöglicht Polen nicht nur die Deckung des eigenen

Bedarfs, sondern macht es darüber hinaus auch zu einem der grössten Holzausfuhrländer der Welt.

Reiche Bodenschätze bilden die Grundlage für die Entwicklung vieler Teile seiner industriellen Produktion. Sie liegen vorwiegend im Süden und Südwesten des Landes. Unter den Bergwerken sind an erster Stelle die Kohlengruben zu nennen, die vor allen in Schlesien und dann auch im Revier von Dąbrowa und Kraków betrieben werden. Die Kohlenvorräte Polens werden auf 62 Milliarden t geschätzt, sind also mehr als doppelt so gross wie die Kohlenlager Frankreichs oder der Tschechoslowakei, die auf je 24 Milliarden t berechnet werden. Grössere Kohlenschätze besitzen in Europa nur noch England und Deutschland. Die Erdölreserven Polens werden auf 160 Millionen t geschätzt; die polnische Naphtaindustrie gehört zu den ältesten der Welt. Die Siede- und Steinsalzschätze umfassen fast 6 Milliarden t und zählen zu den grössten in Europa. Polen gehört zu den wenigen Ländern in der Welt, die grössere abbauwürdige Kalilager besitzen; sie werden auf 450 Millionen t geschätzt und sichern der polnischen Landwirtschaft die Deckung ihres einschlägigen Bedarfs auf lange Jahre hinaus.

In der wirtschaftlichen Entwicklung aller Länder spielt das Eisen eine grosse Rolle. Die Metallindustrie ist von zwei grundlegenden Produktionsmitteln abhängig: Brennstoff und Erz. Der Aufbau des Hüttenwesens in Polen stützt sich auf den Besitz eigener mächtiger Kohlenreserven und bedeutender Erzläger, die recht günstig nahe bei den Kohlengruben im Südwesten des Landes gelegen sind. Die Eisenerzvorräte werden auf 165 Millionen t geschätzt, die Zink- und Bleilager auf 23 Millionen. Auch mit anderen Industrierohstoffen ist Polen hinreichend ausgestattet, so beispielsweise mit Kalk und mineralischen Stoffen für die Ziegeleien, die Zement-, Glas- und keramische Industrie.

Gedacht sei noch eines anderen Faktors, der heute für den industriellen Fortschritt von Wichtigkeit ist: der Wasserkräfte. Auch damit ist Polen durch die Natur reich ausgestattet, vor allem in seinen Süd-

westgebieten. Seine „weisse Kohle“ wird auf 3,7 Millionen PS geschätzt und ist bisher nur zum kleinen Teil ausgenutzt.

Dieser kurze Ueberblick über die natürlichen Entwicklungsbedingungen zeigt bereits, dass Polen dank seinem günstigen Bevölkerungsaufbau, seinen guten Möglichkeiten für alle Zweige der landwirtschaftlichen Produktion, seinen bedeutenden Forstbeständen und reichen Bodenschätzen zu den von der Natur gut ausgestatteten Ländern Europas gehört.

Das Nationalvermögen Polens wurde bei einer in den Jahren 1926/27 durchgeführten Schätzung auf 137 Milliarden Zloty berechnet, wovon auf die Landwirtschaft (Boden, Wälder, Inventar und Wirtschaftsgebäude) 67 Milliarden (47 v. H.), auf die Industrie 43 Milliarden (30 v. H.) entfallen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist das Nationalvermögen Polens grösser als das der Tschechoslowakei, Rumäniens, der Schweiz, Jugoslawiens, Ungarns u. a., kleiner als dasjenige Englands, Frankreichs, Deutschlands, Russlands und Italiens.

Allerdings haben die Schätzungen des Volksvermögens in den Jahren 1926/27 die damaligen Preise zur Grundlage, welche höher waren als die gegenwärtigen. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, dass in dem folgenden, wirtschaftlich günstigen Zeitabschnitt, besonders im Jahre 1928 in Polen grosse Investitionen durchgeführt wurden und ein Wertzuwachs aller Bestandteile des Volksvermögens erfolgte; im Vergleich dazu ist die Wertverminderung durch die Preissenkung verhältnismässig unbedeutend.

Das polnische Volkseinkommen im Jahre 1929, also im letzten Jahre der guten Wirtschaftskonjunktur, wurde auf rund 26 Milliarden Zloty geschätzt. Angesichts des überwiegend landwirtschaftlichen Charakters Polens fiel dieses Einkommen in den Krisenjahren sehr stark. Nach Annäherungsschätzungen betrug das Volkseinkommen im Jahre 1933 rund 14 Milliarden Zloty. Wenn wir aber den Realwert dieser Gütermenge berücksichtigen und der Berechnung die Preise von 1929 zugrundelegen würden, so wäre der Rückgang wesentlich geringer: nach diesen Preissätzen betrüge der Wert des Volkseinkommens im Jahre 1933 fast 22 Milliarden Zloty.



NAPOLEONSPLATZ IN WARSZAWA



STUDENTENHEIM IN WARSZAWA



WOJEWODSCHAFTSGEBÄUDE IN KATOWICE



GEWERBESCHULE IN KATOWICE

Die natürlichen Reichtümer Polens sind bisher nicht genügend ausgenutzt, da das Land einen verhältnismässig niedrigen Lebensstandard und einen geringen Verbrauch vor allem an gewerblichen Produkten aufweist. Es besitzt daher grosse Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet, die in der Richtung auf eine Anpassung an den westeuropäischen Verbrauchs- und Bedürfnisstandard liegen. Dank seinem starken Bevölkerungszuwachs befindet sich Polen in dieser Beziehung in günstigerer Lage als viele anderen Länder.

Dabei hat die polnische Volkswirtschaft noch einen grossen ungedeckten Investitionsbedarf. Als Beispiel sei auf die starke Nachfrage nach neuen Wohnungen hingewiesen, ferner auf die gewaltigen Möglichkeiten zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung, auf den Investitionsbedarf der Städte, die Notwendigkeit des Ausbaus der Wege und Verkehrseinrichtungen usw. All das eröffnet grosse Möglichkeiten zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und besseren Ausnutzung der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte und natürlichen Reichtümer.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG NACH DER WIEDERGEWINNUNG DER UNABHAENGIGKEIT

DIE STAATSFINANZEN

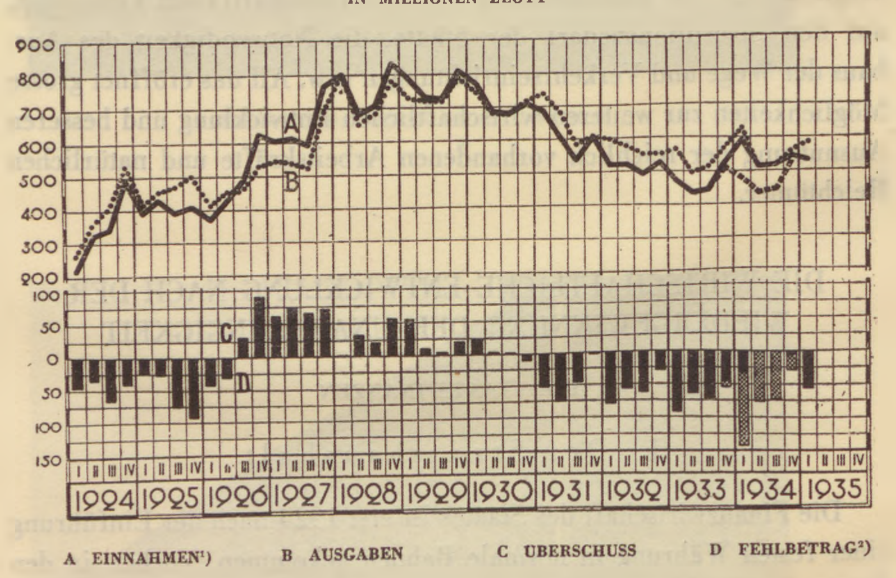
1. Der Staatshaushalt.

Die Finanzwirtschaft des Staates ist erst 1924 nach der Einführung einer festen Währung in normale Bahnen gekommen. Vorher, in den Zeiten der Nachkriegsinflation, konnte der polnische Staat zwar die von den Teilungsmächten übernommenen vier verschiedenen Finanzsysteme vereinheitlichen. Aber infolge der riesigen Ausgaben, die durch den Wiederaufbau des im Kriege Zerstörten entstanden, wies der Staatshaushalt grosse Fehlbeträge auf, welche durch Druck von Papiergeld gedeckt wurden. Eine Finanzreform des Jahres 1924 sicherte grundsätzlich das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen. Aber die Wirtschaftskrise, die nach der Stabilisierung aus-



brach, rief neue Schwierigkeiten hervor, so dass in den Jahren 1924 und 1925 die Abschlüsse wiederum beträchtliche Fehlsummen zeigten, die durch die Emission von Scheidemünze und staatlichem Papiergeld gedeckt wurden. Das Jahr 1926 brachte zum ersten Mal einen Einnahmeüberschuss dank den vermehrten Steuer- und Abgabenerträgen und der wachsenden Rentabilität der staatlichen Unternehmungen und Monopole. In diesem Jahr wurden auch gründlichere Reformen in der Finanzverfassung durchgeführt und u. a. ein Budgetsystem festgelegt, nach welchem das Haushaltsjahr seither vom 1. April bis zum 31. März gerechnet wird und nicht mehr wie vordem nach dem Kalenderjahr.

DER STAATSHAUSHALT
IN MILLIONEN ZLOTY



A EINNAHMEN[1]) B AUSGABEN C ÜBERSCHUSS D FEHLBETRAG[2])

Die folgenden zwei Haushaltsjahre (1927/28 und 1928/29) brachten erhebliche Einnahmeüberschüsse, da die tatsächlichen Einkünfte der Staatskasse die Voranschläge bedeutend übertrafen.

Ende 1929 wurde Polen von der Krisenwelle erfasst. Da der Konjunkturdruck zuerst die landwirtschaftliche Erzeugung beeinflusste

---

1) Die durchbrochene Linie zeigt die Einnahmen ohne die Erträge der Nationalanleihe im IV Kwartal 1933 und im Jahre 1934. 2) Der aus der Nationalanleihe gedeckte Teil des Fehlbetrags ist schraffiert dargestellt.

und in diesem Produktionszweig am fühlbarsten wurde, geriet Polen als überwiegend agrarisches Land in die Reihe derjenigen Staaten, welche die zerstörenden Wirkungen der Weltkrise am schlimmsten zu spüren bekamen. Trotzdem wurde das Jahr 1929/30 noch mit einem Einnahmeüberschuss abgeschlossen. Erst die Verschärfung der wirtschaftlichen Depression im nächsten Jahr veranlasste einen starken Fall der Einkünfte. Das Rechnungsjahr 1930/31 ergab einen Fehlbetrag von 63 Millionen Zloty, der aber noch ohne Schwierigkeiten aus den in den Vorjahren angesammelten Kassenreserven des Staates gedeckt wurde. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass in diesem Jahr grössere Summen zur Unterstützung bedrohter wirtschaftlicher Positionen und zur Fürsorge für die wachsende Zahl der Arbeitslosen ausgeworfen wurden. Gleichzeitig wirkten auf den Rückgang der Einnahmen auch die bedeutenden Steuererleichterungen ein, die die Regierung in vollem Verständnis für die Lage der Privatwirtschaft bewilligte.

Seitdem es klar wurde, dass die herrschende Krise ganz aussergewöhnlich schwer sei und nur langsam weichen würde, kam die polnische Regierung zu der Ueberzeugung, dass unter den gegebenen Umständen das sicherste, wenn auch am wenigsten volkstümliche Mittel eine weitgehende Sparpolitik in der öffentlichen Wirtschaft sei, vorsichtig durchgeführt, um Rückschläge zu vermeiden. Nicht alle Staaten schlugen von vornherein diesen schweren und unpopulären Weg ein. Viele Länder suchten anfangs eher Hilfe zur Deckung ihrer Haushaltsfehlbeträge beim öffentlichen Kredit. Da sich jedoch die Krise in die Länge zog, sahen sich schliesslich auch diese Staaten gezwungen, mit ihrer weiteren Verschuldung anzuhalten und ihre Ausgaben zu begrenzen. Denn sogar in sehr reichen Ländern droht die wachsende Ueberschuldung des Staatsschatzes zu ernsten Folgen nicht nur für die öffentliche Wirtschaft, sondern auch für den Geld- und Kapitalmarkt zu führen. Seit 1931 wird die Finanzwirtschaft des polnischen Fiskus durch Einsparungen und Ausgabenbeschränkungen charakterisiert, die in erster Reihe die Investitionen und Sachaufwendungen, dann auch die Personalausgaben betrafen. Wie richtig diese Politik die Entwicklung voraussah, beweist die Tatsache, dass trotz

grossen Einschränkungen die Rechnungsjahre 1931/32 und 1932/33 weitere Fehlbeträge ergaben. Schneller, als die Ausgaben reduziert werden konnten, fielen die Einnahmen, besonders da die Regierung den Privatunternehmungen, vor allem der Landwirtschaft, mit Steuererleichterungen und Krediten zur Stützung der katastrophal fallenden Getreidepreise zu Hilfe kommen musste. Die Defizits dieser beiden Jahre wurden teilweise gleichfalls aus den Kassenreserven, teilweise durch die Ausgabe von Scheidemünzen gedeckt. Erst das Jahr 1933 brachte eine gewisse Erleichterung: der Rückgang der Steuereinnahmen liess nach, und in der zweiten Hälfte dieses Jahres begannen gewisse Einnahmeposten sogar eine leichte Besserung aufzuweisen. Angesichts dieser verhältnismässig günstigen Entwicklung der Einnahmen beschloss die Regierung, die weitere Kürzung der Ausgaben zu mildern, zumal noch stärkere Reduktionen schädliche Rückwirkungen auf die Privatwirtschaft haben mussten. Sie schlug jetzt den Weg der Deckung des Defizits mit Hilfe von Kreditoperationen ein. Für diese Art des Ausgleichs der Fehlbeträge sprachen zwei Rücksischten: 1. die Tatsache der wirtschaftlichen Besserung, die bereits im Nachlassen des Falls der öffentlichen Einnahmen ihren Ausdruck fand, 2. die fortschreitende Liquidität des polnischen Kapitalmarkts. Darauf gestützt, ging die Regierung 1933 zur Ausgabe von Schatzanweisungen über, die allmählich bis Ende 1934 die Summe von etwa 200 Millionen Zloty erreichten. Im Herbst 1933 wurde andererseits eine sechsprozentige Innenanleihe mit zehnjähringer Laufzeit herausgebracht, die bei einem Emissionskurs von 96 fast dreifach überzeichnet wurde. Die Staatskasse nahm die ganze gezeichnete Summe von rund 350 Millionen Zloty auf. Diese Anleihe beschaffte Mittel zum Ausgleich der Budgets für die letzten Monate 1933 und das Jahr 1934. Der Erfolg der Anleihe, welche „Nationalanleihe" genannt und unter der Parole „mit eigenen Kräften" herausgebracht wurde, beweist gleichzeitig, dass das polnische Volk die Wirtschaftspolitik der Regierung durchaus billigt und volles Vertrauen zu den Methoden ihres Kampfes gegen die Krise hat.

Die allgemeine Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates in den einzelnen Haushaltsjahren nach der Stabilisierung der Währung ergab folgende Ziffern (in Millionen Zloty):

Rechnungsjahre	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschüsse + oder Fehlbeträge —
1926/27	2 135,3	1 974,7	+ 160,6
1927/28	2 770,7	2 556,0	+ 214,7
1928/29	3 008,3	2 841,1	+ 167,2
1929/30	3 029,7	2 992,7	+ 37,0
1930/31	2 750,4	2 813,9	— 63,5
1931/32	2 261,3	2 466,6	— 205,3
1932/33	2 001,7	2 243,9	— 242,2
1933/34	1 869,0[1])	2 206,3	— 337,3[1])
1934/35	2 114,6[2])	2 175,7	— 61,1

Die oben angegebenen Haushaltsziffern zeigen, dass vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Krise die Ausgaben ziemlich stark zunahmen, dabei aber im Gleichmass mit der Zunahme der Einnahmen blieben. Dieses Anwachsen der Ausgaben war durch den grossen Investitionsbedarf des Staates gerechtfertigt, welcher das nachholen musste, was die Teilungsmächte auf so manchen Gebieten unterlassen hatten. Wie wir sahen, hat aber der Staat nicht alle Einkünfte verbraucht, sondern Rücklagen geschaffen, die dann das Durchhalten der schwersten Krisenzeiten ermöglichten. Die Einschränkung der Haushaltsausgaben betrug im Rechnungsjahr 1934/35, verglichen mit dem Rechnungsjahr 1929/30, etwa 27 v. H.

Die Einnahmen des Staatsschatzes setzen sich aus den Eingängen der Steuern und Abgaben, den Einkünften der Staatsmonopole und den Gewinnen der anderen staatlichen Unternehmungen zusammen, welche in kommerziellen Formen geführt werden, d. h. aus der allgemeinen Verwaltung herausgelöst sind; zu den letzgenannten gehören Eisenbahn, Forsten, Post und Münze. Der Staat ist auch Eigentümer dreier Finanzinstitute (Landeswirtschaftsbank, Staatliche Agrar-

---

[1]) Einschliesslich der Eingänge aus der Nationalanleihe in Höhe von 120 Millionen Zloty betrug die Gesamtsumme der Einkünfte 1.989 Mill. Zl., wodurch sich das Defizit, welches aus anderen ausserordentlichen Einnahmequellen (hauptsächlich aus der Emission von Schatzanweisungen) gedeckt wurde, auf 217 Mill. Zl. verminderte.

[2]) In die Summe der Einnahmen sind auch die Eingänge aus der Nationalanleihe in Höhe von 175 Mill. Zl. eingerechnet.

bank und Postparkasse) sowie einer Anzahl von industriellen Unternehmungen, die elementare Bedeutung für das Wirtschaftsleben besitzen oder hauptsächlich der Landesverteidigung dienen. Polen besitzt fünf Staatsmonopole: für Tabak, Spiritus, Salz, Streichhölzer und die staatliche Klassenlotterie. Das Streichholzmonopol ist an eine private Verwertungsgesellschaft verpachtet.

2. Die Staatsschulden.

Die öffentliche Wirtschaft fast aller Länder ist mit ziemlich hohen Ausgaben für den Dienst der Staatsschulden belastet. Die Verschuldung des polnischen Staats ist im Vergleich zu anderen Ländern gering. Sie betrug Ende 1934 rund 4 691 Millionen Zloty, was auf den Kopf der Bevölkerung 140 Zloty ergibt. Bei einem Nationalvermögen im Wert von 137 Milliarden Zloty beträgt die ganze Verschuldung des Staatsschatzes nicht ganz 3½ v. H. des Volksvermögens.

Die Ausgaben für den Schuldendienst bilden daher keine allzu hohe Position im Staatshaushalt. Sie betrugen 1930/31 267 Millionen Zloty, 1931/32 243 Millionen, 1932/33 188 Millionen und 1933/34 175 Millionen, 1934/35 183 Millionen Zloty. Dieser Rückgang der Summen des Schuldendienstes in den letzen Jahren erklärt sich aus dem Aufschub der Kriegsschuldenzahlungen gegenüber dem Ausland auf Grund des bekannten Hoover-Moratoriums. Nach dem Ablauf der Moratoriumfrist hat Polen, das dazu solidarisch mit anderen Staaten Stellung nahm, den Dienst dieser Schuld bis zur definitiven Regelung der Kriegsverpflichtungen hinausgeschoben.

Bei einer allgemeinen Verschuldung in Höhe von 4 691 Millionen Zloty entfallen auf die inneren Schulden Polens 1 346 Millionen, auf die auswärtigen Verpflichtungen, die Kriegsschulden eingerechnet, 3 345 Millionen Zloty. Die inneren Schulden wuchsen im letzten Jahr um den Betrag der Zugänge aus der Nationalanleihe, d. h. um 350 Millionen Zloty, und um den Betrag der Schatzanweisungsemission, der Ende 1934 200 Millionen Zloty ausmachte. Dagegen weisen die Schulden an das Ausland einen Rückgang auf, teils infolge der Amortisierungszahlungen, hauptsächlich aber im Zusammenhang mit

der Kurssenkung ausländischer Währungen, auf welche einige Anleihen lauteten, vor allem Dollar und Pfund Sterling. Den grössten Teil der Auslandsschulden bilden die Verpflichtungen gegenüber den Regierungen verbündeter und befreundeter Staaten, die Polen mit Materiallieferungen unterstützten, als der junge Staat seine wiedergewonnene Unabhängigkeit verteidigen musste. Der Dienst dieser Kriegsschulden wurde, wie erwähnt, ausgesetzt. Alle übrigen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland zahlt Polen regelmässig, ohne den Gläubigern die geringsten Schwierigkeiten zu machen.

Polen hat Schulden im Ausland nur sehr vorsichtig aufgenommen und war dadurch imstande, während der ganzen Krisenzeit seinen Verpflichtungen nachzukommen, ohne seine Zuflucht zu einem Transfermoratorium oder zu Devisenbeschränkungen zu nehmen. Diese Solidität erwarb dem polnischen Fiskus im Ausland den Ruf eines der solidesten Schuldner.

Auch die Verschuldung der polnischen Selbstverwaltung ist nicht allzu hoch. Die langfristigen Schulden der Selbstverwaltungskörper betrugen Ende März 1934 945 Mill. Zl. Auslandsanleihen bilden nur einen verhältnismässig kleinen Teil der Schulden der Selbstverwaltung. Sie sind für rentable Investitionen aufgenommen worden, und ihre Abzahlung stösst daher auch jetzt auf keine grösseren Schwierigkeiten. Während der Krise befanden sich einige Selbstverwaltungskörper in ziemlich schwieriger finanzieller Lage, und die Sanierung ihrer Finanzen ist noch nicht abgeschlossen. Neuerdings ist die Regierung den Selbstverwaltungen zu Hilfe gekommen, indem sie eine Verordnung mit Gesetzeskraft herausgab, die eine Verminderung des inneren Schuldendienstes der Kommunalkörperschaften vorsieht und ihnen die Möglichkeit zur Konvertierung ihrer kurzfristigen inneren Schulden gibt. Angesichts ihrer niedrigen Schuldenlast werden die polnischen Selbstverwaltungen die Möglichkeit haben, nach dem Eintritt einer Besserung wiederum an den Ausbau notwendiger Einrichtungen heranzugehen und im Hinblick auf die hohe Rentabilität dieser Investitionen auch sicherlich das in- und ausländische Kapital dafür zu interessieren.

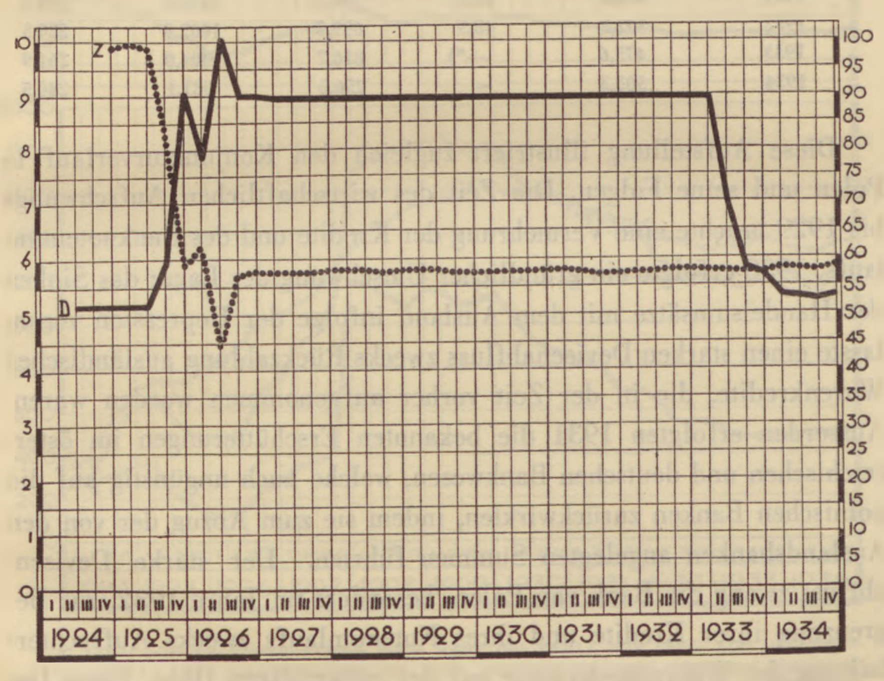
Die polnische Währung, der Zloty, wurde anstatt der entwerteten Polenmark im Jahre 1924 gleichzeitig mit der Gründung der Bank von Polen eingeführt. Die Parität des Zloty wurde der des Schweizer Franken gleichgesetzt (5,18 Zl. = 1 Dollar). Das Privileg zur Ausgabe von Noten erhielt die Bank von Polen, eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 100 Millionen Zloty, das 1927 auf 150 Millionen erhöht wurde. Die Prägung von Gold-, Silber- und Scheidemünzen blieb dem Staat vorbehalten. Die ungenügende Höhe der Staatseinnahmen in der Zeit nach der Inflation, während der Krise von 1925, die noch durch eine grosse Missernte und die dadurch notwendige Vermehrung der Einfuhr und Verminderung der Notenbankreserven verschärft war, bildete die Hauptursache zum damaligen Sturz des Zlotykurses.

Erst im Herbst 1926 gelang es der Bank von Polen, den Zloty tatsächlich auf der Parität 8,91 Zl. = 1 Dollar zu stabilisieren. Diese Kursparität wurde im Oktober 1927 legalisiert, was durch die Aufnahme einer „Stabilisierungs"-Anleihe im Ausland erleichtert wurde. Auf diese Weise wurden die Deckungsreserven der Bank von Polen gestärkt.

Seitdem blieb der Zloty eine vollkommen feste Währung, gestützt auf die Goldparität (1 kg Fein-Gold = 5 924, 44 Zl.). In der Satzung der Bank von Polen ist die Verpflichtung zum Eintausch der Banknoten in Gold vorgesehen. Vorläufig findet jedoch eine Umwechslung der Noten entweder in Goldbarren oder in vollwertige Golddevisen nach Wahl der Bank statt (gold exchange standard). Bis zum Februar 1933 musste die Bank die Deckung des Notenumlaufs und der sofort fälligen Verpflichtungen in Gold oder Golddevisen mindestens auf 40 v. H. halten, wobei die Deckung in Gold allein mindestens 30 v. H. betragen sollte. Tatsächlich war die Deckung stets höher. Als während der jetzigen Krise viele Valuten entwertet wurden und die Abwertung weiterer Währungen drohte — die Senkung des Dollarkurses stand da-

mals bevor — beschloss die Leitung der Bank von Polen, die Devisen und Auslandsvaluten nicht mehr zur Deckung zu benutzen. Das im Februar 1933 geänderte Bankstatut sieht vor, dass der Umlauf an Noten und die sofort fälligen Verpflichtungen der Bank abzüglich eines Betrages von 100 Millionen Zloty (unter den nach der Erfahrung die Girorechnungen der Bank von Polen in der Praxis niemals hinuntergehen) mindestens zu 30 v. H. durch Gold gedeckt sein müssen. Die Devisen gehören seitdem in das normale Portefeuille der Bank. Tat-

DOLLARKURS IN WARSZAWA UND ZLOTYKURS IN ZÜRICH



D DOLLARKURS IN WARSZAWA (ZLOTY FÜR 1 DOLLAR)

Z ZLOTYKURS IN ZÜRICH (SCHW. FRCS. FÜR 100 ZLOTY)

sächlich bleibt die Golddeckung bedeutend über dieser Mindestgrenze; sie betrug Ende 1933 40,8 v. H., Ende 1934 wuchs sie auf 44,8 v. H. und im Januar 1935 auf 47,13 v. H.

Ausser den Noten der Bank von Polen sind Silbermünzen und Scheidegeld im Umlauf, die der Staatsschatz ausgibt. Ihr Betrag darf

gesetzmässig nicht höher sein als 426 Millionen Zloty. Tatsächlich beläuft er sich gegenwärtig auf 384 Millionen Zloty.

Die Entwicklung der einzelnen Bilanzpositionen der Bank von Polen zeigt folgende Aufstellung (in Millionen Zloty):

Jahre	Gold	Deckungsdevisen	Wechsel und Lombard	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten
31.XII. 1927	517,3	687,5	496,9	1003,0	659,8
„ 1928	621,1	527,1	731,9	1295,3	597,3
„ 1929	700,5	418,6	781,1	1340,4	467,9
„ 1930	562,2	288,4	758,4	1328,2	210,3
„ 1931	600,4	88,0	796,4	1218,3	213,2
„ 1932	502,2	48,5	699,7	1002,8	220,5
„ 1933	475,6	—*)	816,7	1004,0	261,9
„ 1934	503,3	—	756,5	981,1	240,5

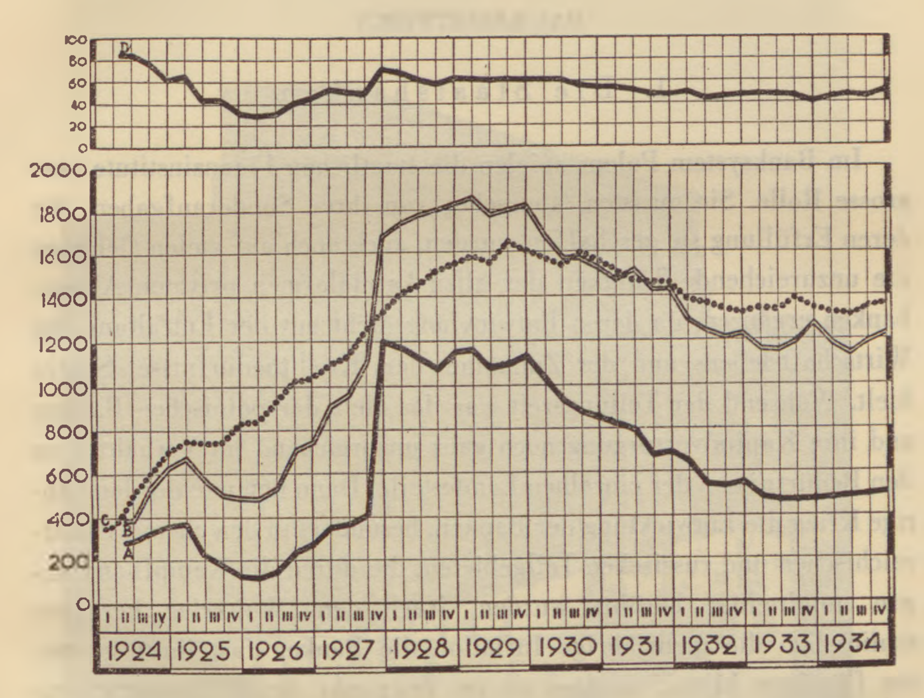
Diese Aufstellung illustriert zugleich den Konjunkturverlauf in Polen und seine Folgen. Die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 1929 brachte eine Vermehrung der Kredite und des Banknotenumlaufs. 1930 erfolgte ein gründlicher Umschwung der Lage: das Sinken der Handelsumsätze mit dem Ausland infolge der Depression veranlasste einen starken Devisenabfluss zwecks Rückzahlung ausländischer Warenkredite, die in der Zeit vorher aufgenommen worden waren. Ausserden erfolgten 1931 die bekannten Erschütterungen im österreichischen und deutschen Bankwesen, welche auch ungünstig auf die polnischen Banken zurückwirkten, indem sie zum Abzug der von den Auslandsbanken angelegten Summen führten. Der starke Devisenabfluss zwang die Bank von Polen, besonders im Jahre 1932, zur Begrenzung ihrer Kredite und ihres Notenumlaufs zwecks Aufrechterhaltung der Währungsdeckung auf der notwendigen Höhe. Diese Deflation musste ungünstig auf das Wirtschaftsleben einwirken; sie hatte aber die erwünschte Folge, dass die Goldparität ohne Anwendung irgendwelcher Devisenbeschränkungen vollkommen unerschüttert blieb. Das war nicht leicht zu erreichen, da die Mehrzahl aller Staaten, und darunter sogar solche von grösster Bedeutung in der Weltwirtschaft,

*) Seit März 1933 dienen Devisen nicht mehr zur Deckung.

von der Goldwährung abgingen und dadurch völlige Verwirrung in den internationalen Valutaverhältnissen herbeiführten. Die polnische Regierung liess sich auf keinerlei Währungsexperimente ein. Sie hielt vielmehr an ihrem von Anfang an eingenommenen Standpunkt fest. Dadurch konnte Polen in der Reihe der keineswegs zahlreichen Länder bleiben, welche der Goldwährung die Treue hielten.

DIE BANK VON POLEN

IN MILLIONEN ZLOTY



A GOLD UND DECKUNGSDEVISEN (SEIT MÄRZ 1933 ZÄHLT NUR GOLD ZUR DECKUNGSRESERVE) B BANKNOTENUMLAUF UND SOFORT FÄLLIGE VERBINDLICHKEITEN C GESAMTER GELDUMLAUF D DECKUNG DES BANKNOTENUMLAUFS UND DER SOFORT FÄLLIGEN VERBINDLICHKEITEN (IN V. H.)

Während der Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933 trat Polen der Verständigung bei, die als „Block der Goldstaaten“ bezeichnet wird. Auf diese Weise zeigte es seinen unveränderten und unerschütterlichen Willen, bei dem System der stabilen Währung und des freien Zahlungsmittelverkehrs zu bleiben. Seit über einem Jahr hat

sich die Lage der Bank von Polen insoweit ständig verbessert, dass das Deckungsverhältnis der Valuta günstiger wird, was auch die Verflüssigung des Geldmarkts fördern kann.

Die Aufrechterhaltung der Parität aber wirkte wiederum ausserordentlich wohltätig auf den Kapitalisierungsprozess in der polnischen Volkswirtschaft, der nach den Inflationserfahrungen vor allem eine feste Valuta zur Voraussetzung hat.

DAS KREDITWESEN

1. Die Staatsbanken.

Im Banksystem Polens spielen die staatlichen Finanzinstitute eine grosse Rolle. Sie mussten, abgesehen von ihren Sonderaufgaben, für deren Erfüllung sie geschaffen wurden, auch noch auf vielen Gebieten die unzureichende Tätigkeit der allzu kapitalarmen privaten Aktienbanken ergänzen, da deren Entwicklung nicht mit der Entfaltung des Wirtschaftslebens und der Zunahme der Kreditbedürfnisse Schritt hielt. Während der Teilungszeit war das Netz der polnischen Banken und ihre Kapitalversorgung noch ganz unzureichend im Verhältnis zu den Bedürfnissen der einzelnen Landesteile. Dann hemmte der langjährige Krieg die Entwicklung der Banken, besonders in den ehemals österreichischen und russischen Teilgebieten, die durch die Kampfhandlungen unmittelbar berührt wurden. Nach dem Weltkrieg beraubte schliesslich die mehrjährige Inflation die Banken fast ihrer gesamten flüssigen Mittel, so dass sie im Zeitpunkt der Währungsreform noch keine grosse Rolle auf dem Kreditmarkt spielen konnten.

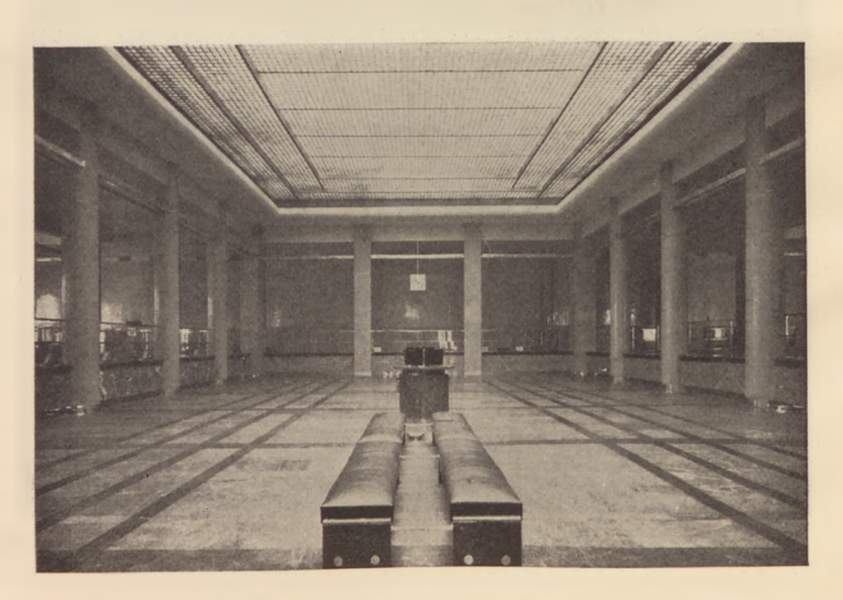
Als nach dem Eintritt geordneter Geldverhältnisse das Wirtschaftsleben wieder aufblühte, war das Verlangen nach Kredithilfe umso grösser, und zwar vor allem die Nachfrage nach langfristigem Kredit, der durch die Inflation vollständig vernichtet worden war. Die durch den Krieg erschöpfte Bevölkerung war nicht imstande, aus eigenen Kräften entsprechende Ueberschüsse des Volkseinkommens zu kapitalisieren. Denn der innere Kapitalbildungsprozess genügte schon



HAUPTGEBÄUDE DER BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO IN WARSZAWA



VORHALLE DES SITZUNGSSAALS DER BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO



SCHALTERHALLE DER BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO

in der Vorkriegszeit nicht, um alle die Investitionsbedürfnisse zu befriedigen, die infolge des starken Bevölkerungszuwachses in immer grösserem Masse auftraten. Die private Betätigung brauchte daher die Unterstützung des Staates, welcher seinerseits mit vielseitiger Initiative hervortrat und besonders die Organisierung des langfristigen Kredits übernahm.

Dazu musste der Staat einen eigenen Bankapparat besitzen, welcher die Wirtschaftspolitik der Regierung finanziell durchführen konnte. Drei staatlichen Finanzinstituten fiel die Erfüllung dieser Aufgabe zu: der Landeswirtschaftsbank, der Staatlichen Agrarbank und der Postsparkasse.

Das grösste der staatlichen Kreditinstitute ist die Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego). Sie trat 1924 durch den Zusammenschluss dreier älterer staatlicher Banken ins Leben (Polnische Landesbank, Polnische Wiederaufbau-Bank und Kreditinstitut der galizischen Städte), von denen eine, nämlich die Polnische Landesbank, schon seit 1883 tätig war und der wirtschaftlichen Entwicklung des ehemaligen Galizien sehr erhebliche Dienste geleistet hatte. Durch die Vereinigung dieser drei Institute, die einander ähnliche Aufgaben gehabt hatten und sich in hohem Mass gegenseitig ergänzten, wurde eine Zersplitterung der vorhandenen Mittel vermieden und die Zentralisierung und Vereinheitlichung der Kredithilfe des Staates für das Wirtschaftsleben ermöglicht.

Unter den neugeschaffenen Institutionen erhielt die Landeswirtschaftsbank das ausgedehnteste Tätigkeitsfeld. In erster Reihe war sie dazu berufen, den langfristigen Kredit durch Ausgabe von Pfandbriefen und Obligationen für Investitionszwecke der Selbstverwaltung, der grösseren landwirtschaftlichen Betriebe, für den Wohnungsbau und die Industrieunternehmungen auszubauen. Diese langfristigen Anleihen sind durch städtische und ländliche oder auch Fabrikhypotheken sowie durch das immobile Vermögen und die laufenden Einnahmen der Selbstverwaltung gesichert. Auf dieser Grundlage gibt die Bank Pfandbriefe bzw. Obligationen aus, die auf dem inländischen und ausländischen Markt untergebracht werden. Zu ihren Hauptauf-

gaben gehört auch die Unterstützung der Kommunalsparkassen und der Kreditgenossenschaften sowie des Wohnungsbaus. Ausserdem führt die Bank alle Arten anderer bankmässiger Geschäfte, allerdings im Rahmen ihrer Satzung, die sie zu besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Staates, der staatlichen Unternehmungen sowie der Selbstverwaltung und ihrer Unternehmungen verpflichtet.

Im Laufe ihrer zehnjährigen Tätigkeit ist die Landeswirtschaftsbank zum grössten Kreditinstitut in Polen geworden. Ihr Grundkapital betrug anfangs 35 Millionen Zloty; nach zwei Erhöhungen in den Jahren 1927 und 1928 hat es heute die Höhe von 150 Millionen Zloty. Die Reserven erreichten Ende 1933 fast die Hälfte des Grundkapitals und betrugen 71 Millionen. In der Bilanz der Bank von Ende 1934 wurde ein Entschuldungsfonds ausgewiesen, welcher der Verminderung der Schuldenlast der landwirtschaftlichen und kommunalen Kreditnehmer dienen soll und dem ein grosser Teil der Spezialreserve zugewiesen wurde. Dadurch verminderte sich die Gesamtsumme der Reserven auf 47 Millionen Zloty, wobei jedoch zu erwähnen ist, dass die statutenmässigen Hauptreserven auch während des Jahres 1934 eine weitere Zunahme um 2 Millionen Zloty erfuhren. Ausser ihrem eigenen Kapital verfügt die Bank über die Einlagen von Privatpersonen und öffentlich-rechtlichen Institutionen sowie über Mittel, die ihr der Staatsschatz für die Erteilung von Spezialkrediten, besonders zu Bauzwecken, überlässt. Der gesamte Bestand der Einlagen und von der Bank verwalteten Fonds erreichte Ende 1934 die Summe von 803 Millionen Zloty, der Umlauf der von ihr emittierten Pfandbriefe und Obligationen belief sich gleichzeitig auf 807 Millionen Zloty.

Die Kreditoperationen der Bank entwickeln sich nach rascher Ausdehnung in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit neuerdings infolge der Krise etwas langsamer. Die Gesamtsumme der ausgegebenen Kredite betrug am 1. Januar 1935 1 882 Millionen Zloty, wovon 807 Millionen auf langfristige Kredite in Pfandbriefen und Obligationen entfallen, der Rest auf Barkredite, die aber zum grossen Teil ebenfalls auf mittlere und lange Fristen vereinbart sind.

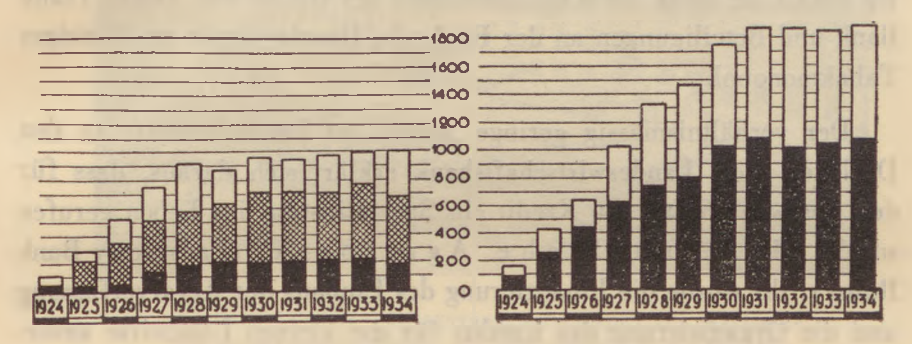
Was den Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige an den Krediten

der Bank anlangt, so nehmen den ersten Platz die Baudarlehen ein, welche 568 Millionen Zloty betragen. Die Kredithilfe der Bank für den Wohnungsbau ergab ansehnliche Resultate, die nur durch eine Tatsache illustriert seien: die Zahl der Wohnräume, die mit finanzieller

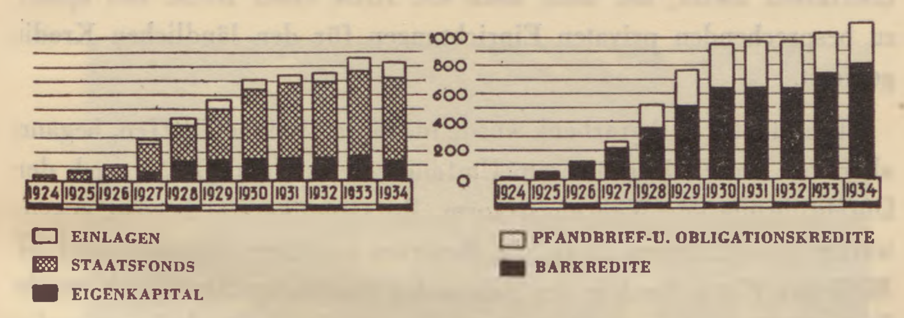
DIE ENTWICKLUNG DER STAATSBANKEN

IN MILLIONEN ZLOTY

A. DIE LANDESWIRTSCHAFTSBANK



B. DIE STAATLICHE AGRARBANK

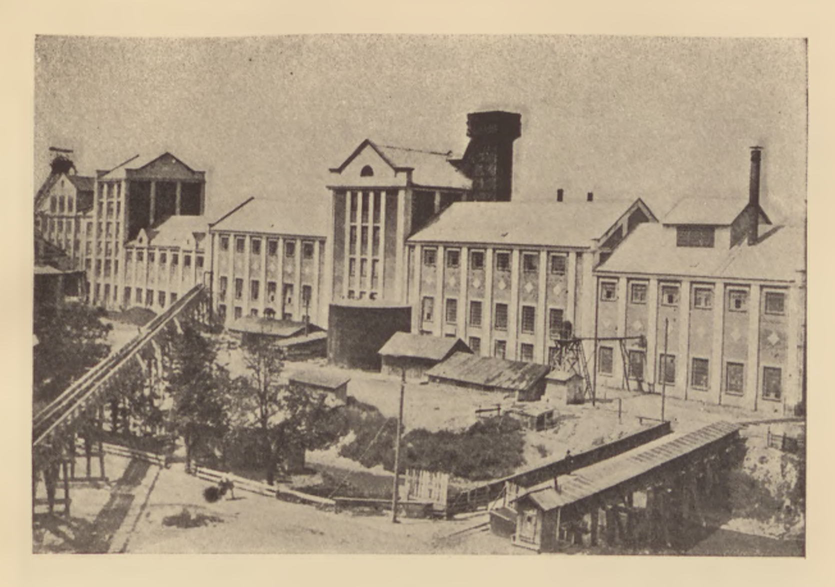


Hilfe der Bank erstellt sind, überschreitet bereits 246 000. An zweiter Stelle stehen unter den Kreditnehmern die Selbstverwaltungen, die im Ganzen Darlehen in Höhe von 436 Millionen Zloty geniessen. Es folgen die staatlichen Einrichtungen und Unternehmungen sowie Unternehmungen, welche zum Konzern der Landeswirtschaftsbank selbst gehören, mit Krediten von zusammen 293 Milionen Zloty. Dann kommen die Kredite für die Industrie in Höhe von 248 Millionen und für

die Landwirtschaft mit 163 Millionen Zloty. Der Besitz an Aktien und Konsortialbeteiligungen der Bank steht mit 37 Millionen Zloty zu Buch. Zu den Konzernunternehmen der Bank gehören hauptsächlich Betriebe der Metall- und der chemischen Industrie in Polen, unter denen vor allem die Betriebsgesellschaft für den Abbau von Kalisalzen, die Berg- und Hüttengesellschaft Starachowice und die Chemische Fabrik „Boruta" genannt seien. Im Gebiet der Freien Stadt Danzig besitzt die Bank die Kapitalmehrheit der British and Polish Trade Bank und Beteiligungen an der Bank von Danzig, sowie am Danziger Tabakmonopol.

Der verhältnismässig geringe Anteil der Landwirtschaft an den Darlehen der Landeswirtschaftsbank erklärt sich daraus, dass für den landwirtschaftlichen Kredit ein Spezialinstitut ins Leben gerufen wurde, die Staatliche Agrarbank (Państwowy Bank Rolny). Ihr wurde die Finanzierung des Umbaus der Agrarverfassung und die Organisierung des Kredits für die kleinen Landwirte anvertraut, während der Landeswirtschaftsbank nur der Grossgrundbesitz überlassen bleibt, der auch noch die Hilfe einer Reihe von später zu besprechenden privaten Einrichtungen für den ländlichen Kredit geniesst.

Die Staatliche Agrarbank wurde im Jahre 1919 geschaffen, begann aber ihre Arbeit in grösserem Umfang erst im Jahre 1924, nach der Durchführung der Währungsreform. Ihr Grundkapital beträgt gegenwärtig 100 Millionen Zloty, die Reserven beziffern sich auf rund 37 Millionen Zloty. Auch in der Bilanz der Staatlichen Agrarbank wurde Ende 1934 ein Entschuldungsfonds für die Landwirtschaft ausgewiesen, dem 30 Millionen Zloty aus den Grundkapital und 3,5 Mill. Zloty aus dem speziellen Reservefonds zugeteilt wurden. Die Aufgabe der Bank ist die einer Finanzierungszentrale für die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe und die Finanzierung der Reform der Agrarverfassung. Die Bank erteilt sowohl kurz- wie langfristige Darlehen, letztere im Wege der Ausgabe von Pfandbriefen und Meliorations-Obligationen. Ausserdem erteilt sie



CHLORKALIUM-FABRIK (KONZENTRIERUNGSANLAGEN FÜR KALISALZE DER BETRIEBSGESELLSCHAFT FÜR DEN ABBAU VON KALISALZEN)



BAUMWOLLAGER DER BANK GOSPODARSTWA KRAJOWEGO IN DER FREIHAFENZONE VON GDYNIA



BASALT-STEINBRÜCHE IN WOLHYNIEN

Barkredite aus den staatlichen Fonds, die für die Unterstützung der Landwirtschaft bestimmt sind.

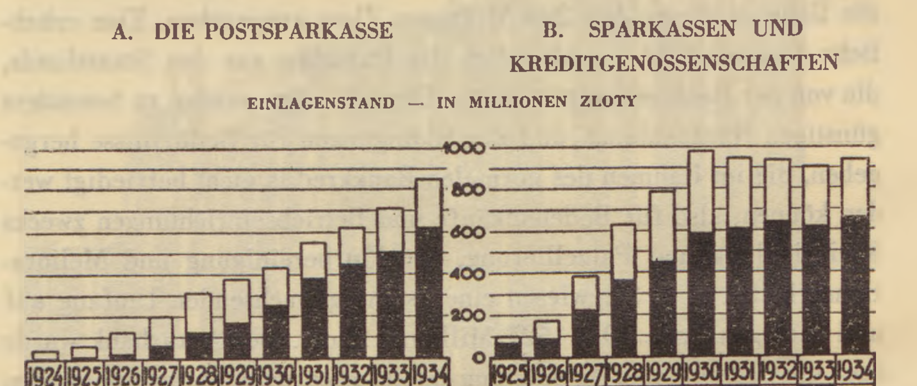
Die Gesamtsumme der von der Bank in Pfandbriefen und Obligationen erteilten langfristigen Darlehen betrug Ende 1934 284 Millionen Zloty, davon 173 Millionen Pfandbrief-Darlehen für Bodenkäufe und andere landwirtschaftliche Investitionen und 111 Millionen Meliorations-Obligationen. An kurz- und mittelfristigen Darlehen hatte die Bank zu dieser Zeit 293 Millionen Zloty ausgegeben. Eine erhebliche Position bilden schliesslich die Darlehen aus den Staatsfonds, die von der Bank verwaltet werden. Diese Kredite werden zu besonders günstigen Rückzahlungs- und Zinsbedingungen für Bedürfnisse hergegeben, die im Rahmen des normalen Bankkredits nicht befriedigt werden können, also für Bodenankäufe und Betriebseinrichtungen zwecks Kleinsiedlung und Parzellierung, für Flurbereinigung und Meliorationsarbeiten u. ä. Sie wiesen einen ständig wachsenden Umfang auf und betrugen Ende 1934 527 Millionen Zloty. Der Agrarbank wurde auch die Ordnung und Abwicklung der aufgewerteten Vorkriegsanleihen der einst in Polen tätigen deutschen und russischen Agrar - und Siedlungsbanken übertragen. Die Gesamtsumme der verbliebenen Forderungen, die auf Grund von Verträgen an den polnischen Staat fielen, wurde in der Bilanz der Staatlichen Agrarbank von Ende 1934 mit 263 Millionen Zloty ausgewiesen.

Ausser ihrer finanziellen Tätigkeit führt die Bank auch Parzellierungen von Gütern durch, die sie entweder als Eigentum erworben oder auch in Kommission genommen hat.

Das dritte staatliche Finanzinstitut, die Postsparkasse (Pocztowa Kasa Oszczędności) hat die Ausbreitung des Sparwesens und die Unterstützung des Postscheckverkehrs zur Aufgabe; die Kreditpflege hat dagegen für sie nachgeordnete Bedeutung und wird nur geübt, um die Verzinsung der Einlagen zu sichern.

Die Spareinlagen in der Postsparkasse weisen eine rasche, ununterbrochene Zunahme auf. Ende 1934 erreichten sie 624 Millionen Zloty. Die Scheckeinlagen betrugen gleichzeitig fast 234 Millionen Zloty, was zusammen etwa 858 Millionen Zloty ergibt.

Die unmittelbare Kredittätigkeit der Postsparkasse beschränkt sich auf verhältnismässig unbedeutende Summen; die von ihr erteilten kurzfristigen Darlehen betrugen am 1. Januar 1935 rund 31 Millionen. Von grosser Bedeutung für die Entwicklung des Kreditwesens und besonders des langfristigen Kredits ist dagegen die Anlagetätigkeit der Postsparkasse, die sowohl ihre Reserven als auch die Einlagen



ihrer Kunden in mündelsicheren festverzinslichen Papieren anlegt und für diese dadurch einen Absatzmarkt schafft. Am 1. Januar 1935 erreichten diese Anlagen die beträchtliche Summe von 615 Millionen Zloty.

Um den polnischen Auswanderern im Ausland die Ansammlung von Ersparnissen zu erleichtern und den Ueberweisungsverkehr zwischen den wichtigeren polnischen Wohnzentren in der Fremde und der Heimat zu erleichtern, hat die Postsparkasse eine besondere, selbständige Einrichtung in Form einer Aktiengesellschaft „Polnische Hilfskasse“ (Bank Polska Kasa Opieki) geschaffen, die eine Reihe von Filialen und Agenturen im Ausland besitzt, z. B. in Paris, Buenos Aires und Tel-Aviv.

Seit 1928 führt die Postsparkasse ferner eine Abteilung für Volks-Lebensversicherung. Bis Ende 1934 betrug die Zahl der bei dieser Ab-

teilung laufenden Versicherungen 91 000, die zusammen auf 146 Millionen Zloty lauten.

In der Gruppe der Staatsbanken ist auch die Akzeptbank zu erwähnen, die eigentlich eine Aktienbank ist, mit Rücksicht auf ihre besonderen Aufgaben und auf die führende Beteiligung des Fiskus und der staatlichen Finanzinstitute an ihrem Aktienkapital aber den Charakter einer öffentlichen Einrichtung trägt.

Diese Bank wurde 1933 ins Leben gerufen anlässlich der Entschuldungsaktion für die Landwirtschaft. Sie hat den Zweck, denjenigen Finanzinstituten Akzeptkredit zu erteilen, welche ihren landwirtschaftlichen Schuldnern die gesetzlich vorgesehenen Ermässigungen der Zinssätze und Stundungen der Rückzahlung gewähren. Zu diesem Zweck erteilt die Bank Akzeptkredite, welche die eingefrorenen Bankaktiven flüssig machen; sie erhielt das Recht zur Emission eigener Obligationen bis zur Höhe von 100 Millionen Zloty. Das Grundkapital der Bank beträgt 20 Millionen Zloty. Bis Januar 1935 bestätigte die Bank Konvertierungs-Abmachungen dieser Art über Beträge von zusammen etwa 140 Millionen Zloty.

2. Die Aktienbanken.

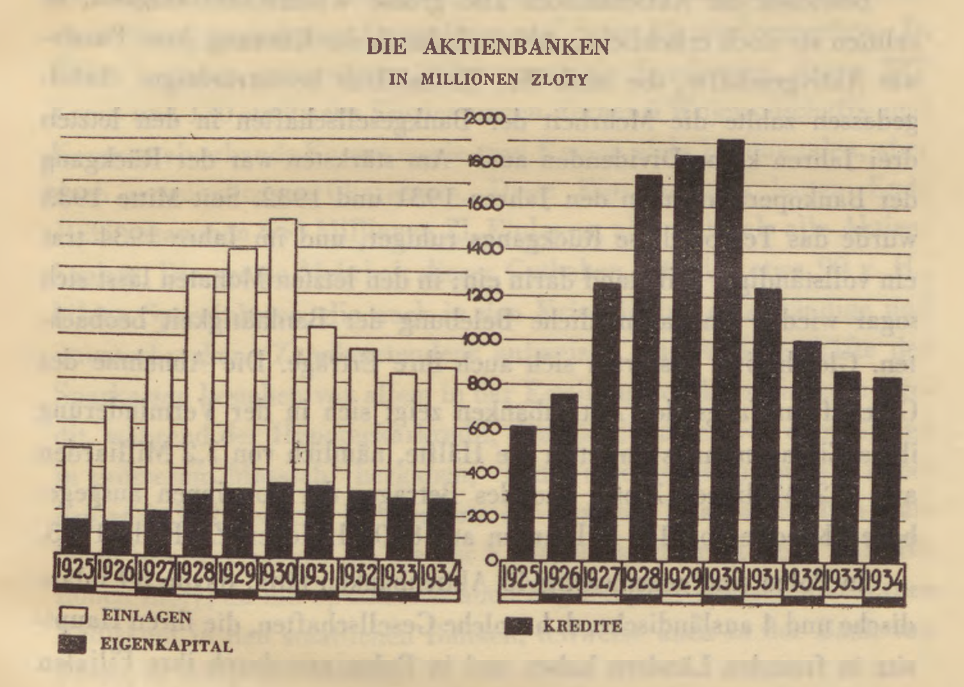
Die normale Entwicklung des privaten Bankwesens begann 1924, d. h. nach der Durchführung der Valutareform. Als die neue vollwertige Währung eingeführt worden war, brachen nach und nach jene Einrichtungen zusammen, die nur durch die Inflationskonjunktur entstanden und aufgeblüht waren; es blieben dagegen die Banken übrig, welche dauernde, gesunde Existenzgrundlagen besassen, und sie begannen sich rasch auszudehnen, indem sie sowohl ihr Kapital wie ihr Tätigkeitsfeld vergrösserten. Die Entwicklung des Bankwesens wurde jedoch von neuem durch den Zlotysturz im Juli 1925 unterbrochen. Damals verloren die Aktienbanken einen grossen Teil ihres Umsatzkapitals und ihrer ausländischen Einlagen und sahen sich gezwungen, ihre Aktivgeschäfte stark zu beschränken. Ein neuer Aufschwung der Privatbanken begann Mitte 1926, d. h. mit der tatsäch-

lichen Stabilisierung des Zloty auf der herabgesetzten Parität. Dank dem allgemeinen wirtschaftlichen Konjunkturaufschwung verstärkte sich der Prozess der inneren Kapitalbildung; er zeigte sich im Zufluss der Bankeinlagen, welche 1930 ihren höchsten Stand mit einer Summe von rund 1,2 Milliarden Zloty erreichten. Gleichzeitig wuchs auch der Zustrom ausländischer kurzfristiger Kapitalanlagen, die in Polen eine gewinnbringende Placierung suchten. Gestützt auf diese neuen Kapitalien und besonders auf ihre Einlagen, dehnten die Banken ihre Kredittätigkeit in bedeutendem Masstab aus. Ohne aussergewöhnliche Inanspruchnahme von Rediskontkredit in der Bank von Polen konnten die Aktienbanken Ende 1930 Kredite im Betrage von fast 1,9 Milliarden Zloty erteilen.

Im Laufe dieser wenigen Jahre des Aufschwungs konnten die Banken ihren Kapitalaufbau beträchtlich stärken und ansehnlichere Reserven sammeln; das ermöglichte ihnen die erfolgreiche Ueberwindung der schweren Krise, die Mitte 1931 über das europäische Bankwesen hereinbrach.

Der Zusammenbruch grosser Auslandsbanken, besonders in Oesterreich und Deutschland, musste auf die Aktienbanken in Polen umso stärker zurückwirken, als die Beteiligung des fremden Kapitals am polnischen Bankwesen ziemlich stark ist, und zwar sowohl in der Form des Besitzes von Anteilen des Stammkapitals als auch in der Form der Hergabe von Krediten. In ersten Linie litten solche Einrichtungen, die organisch mit denjenigen Auslandsinstituten verbunden waren, die selber in Schwierigkeiten kamen und ihre Anlagen aus den polnischen Banken zurückzuziehen begannen. Dazu kam der Abfluss von inländischen Einlagen, der die polnischen Banken eines Teils ihres Betriebskapitals beraubte und sie zu enger Begrenzung ihrer Kreditgeschäfte zwang. Die Atmosphäre des Misstrauens erfasste auch die Einleger solcher Banken, die von ausländischen Einflüssen frei geblieben waren. Im Vergleich zum Kreditwesen vieler anderer Länder überstanden jedoch die polnischen Banken dank ihrer auf Flüssigkeit haltenden Gebarung diese Zeit ohne grössere Erschütterungen. Denn die pol-

nischen Aktienbanken sind hinsichtlich ihrer Tätigkeit ganz überwiegend Depositenbanken, welche ausschliesslich kurzfristigen Kredit geben. Nur zwei unter den gegenwärtig tätigen Privatbanken erteilen ausser kurzfristigem auch Hypothekenkredit, der auf Emissionen von Pfandbriefen gestützt wird. Gemischten Charakter besitzen auch zwei Kommunalbanken, welche neben kurzfristigem Kredit auch langfristige Darlehen in Kommunalobligationen gewähren. Seltener anzutreffen ist dagegen in Polen der sonst in Mitteleuropa häufige Typ derjenigen Banken, deren Betätigung hauptsächlich auf der Beteili-



gung an industriellen und Handelsunternehmungen beruht. Während der gegenwärtigen Krise waren gerade diese Banken am stärksten den zerstörenden Wirkungen des Konjunktursturzes ausgesetzt, da sie grosse Schäden bei der Industriefinanzierung erlitten und ihre Mittel zum erheblichen Teil einfroren.

Der abweichende Geschäftsaufbau schützte die polnischen Banken vor dieser Gefahr. Es gelang ihnen, in verhältnismässig kurzer Zeit

einen Teil ihrer Aktiven zu mobilisieren, um die Auszahlungen an ihre Einleger und ausländischen Gläubiger zu bestreiten. Nur in kleinem Masstabe mussten einige Banken die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen. So stellten während der Krise nur einige wenige Kreditinstitute ihre Tätigkeit ein, und zwar vorwiegend kleinere Provinzbanken oder doch solche, die im allgemeinen Kreditsystem des Landes keine erhebliche Rolle gespielt hatten. Die Liquidierung dieser Institute wurde überdies ohne grössere Schädigungen der Gläubiger und besonders der Einleger durchgeführt.

Bewiesen die Aktienbanken also grosse Widerstandsfähigkeit, so erlitten sie doch erheblichen Abbruch durch die Kürzung ihrer Passiv- wie Aktivgeschäfte, die auch ihre Rentabilität beeinträchtigte. Infolgedessen zahlte die Mehrheit der Bankgesellschaften in den letzten drei Jahren keine Dividenden aus. Am stärksten war der Rückgang der Bankoperationen in den Jahren 1931 und 1932. Seit Mitte 1933 wurde das Tempo diese Rückgangs ruhiger, und im Jahre 1934 trat ein vollständiger Stillstand darin ein; in den letzten Monaten lässt sich sogar wieder eine allmähliche Belebung der Banktätigkeit beobachten. Gleichzeitig besserten sich auch ihre Erträge. Die Abnahme des Geschäftsumfangs der Aktienbanken zeigt sich in der Verminderung ihres Einlagenstands um etwa die Hälfte, nämlich von 1,2 Milliarden auf 572 Millionen Zloty, und des Betrages der von ihnen ausgegebenen Kredite von 1,9 Milliarden auf 880 Millionen Zl. Ende 1933.

In Polen sind gegenwärtig 43 Aktienbanken tätig, davon 39 inländische und 4 ausländische, d. h. solche Gesellschaften, die ihren Hauptsitz in fremden Ländern haben und in Polen nur durch ihre Filialen arbeiten. Ende 1934 besassen die Aktienbanken ein Eigenkapital von zusammen 280 Millionen Zloty; ihre Einlagen betrugen 596 Millionen, die von ihnen ausgegebenen Kredite 867 Millionen Zloty. Ihre gesamte Bilanzsumme belief sich auf 1 930 Millionen Zloty.

Neben den Aktienbanken bestehen noch 27 Privatbankhäuser sowie verschiedene Wechselstuben, die aber auf dem Geld- und Kreditmarkt keine grössere Rolle spielen.

3. Die Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Die Bedeutung der Sparkassen und Kreditgenossenschaften in Polen beruht vor allem auf dem Uebergewicht der kleinen Betriebe im Wirtschaftsleben des Landes, und zwar sowohl in der Landwirtschaft wie in Handel und Gewerbe. Die Sparkassen und Darlehensgenossenschaften, die über das ganze Land verbreitet sind, haben die Aufgabe, Einlagen breitester Bevölkerungsschichten zu sammeln. Die Entwicklung der Einlagen bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften ist in einer graphischen Darstellung auf Seite 34 wiedergegeben. In Polen bestehen gegenwärtig 363 kommunale Sparkassen, davon 227 Kreis- und 130 städtische Einrichtungen, ferner 6 Wojewodschafts- und Kommunalverbands-Kassen sowie zwei Kassen nicht kommunalen, aber doch gemeinnützigen Charakters. Diese Einrichtungen hatten Ende 1934 zusammen 664 Millionen Zl. Einlagen, also mehr als alle Aktienbanken. Die grosse Mehrheit dieser Guthaben, nämlich etwa 90 v. H., bilden Spareinlagen, die auch in den Krisenjahren eine ständige und ununterbrochene Zunahmetendenz aufweisen. Die Aktivgeschäfte der Sparkassen bestehen vor allem in der Erteilung von kurzfristigem Kredit, während der Hypothekarkredit, den diese Kassen vor dem Kriege in grösserem Masstab hergaben, heute eine verhältnismässig unbedeutende Rolle spielt. Die Summe der von den Kassen erteilten Darlehen ist etwas grösser als die der Einlagen; sie beträgt rund 700 Millionen Zloty, da die Sparkassen auch Eigenkapital besitzen und ferner Rediskont in den staatlichen Banken, teilweise auch in der Bank von Polen, in Anspruch nehmen.

Einen gewissen Sondertyp der kommunalen Einrichtungen bilden die gemeindlichen Darlehens- und Sparkassen, deren Tätigkeit sich ausschliesslich auf die Dörfer beschränkt. Es sind dies kleine Institutionen, deren Zahl aber bis zu 900 geht. Sie bestehen nur in den zentralen und östlichen Wojewodschaften. Eine grössere Rolle auf dem Geldmarkt spielen diese Kassen nicht; sie erfüllen nur eine Aushilfsfunktion auf dem Gebiet des Kleinkredits. Ihr Umsatzkapital und die

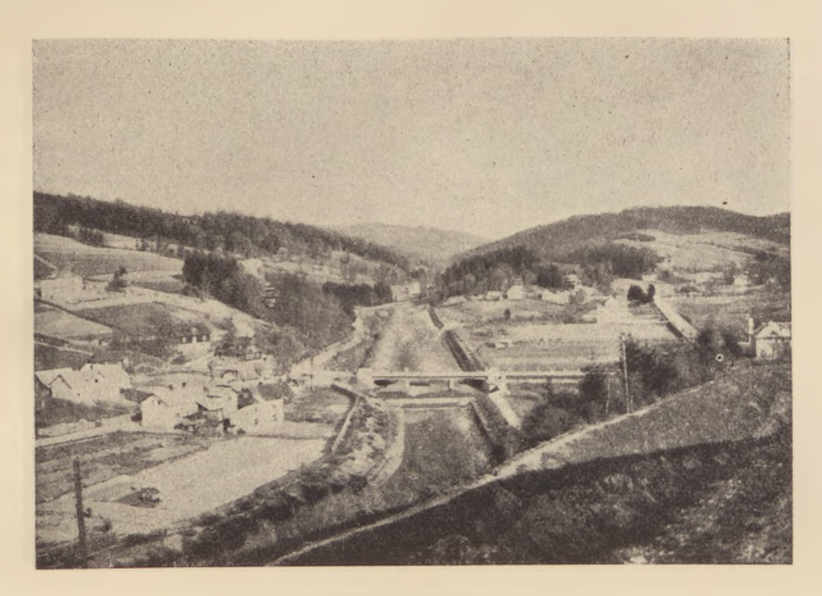
von ihnen erteilten Darlehen belaufen sich zusammen auf wenig über 20 Millionen Zloty.

Kreditgenossenschaften bestehen zur Zeit in ganz Polen rund 6000. Die Summe der Einlagen in diesen Instituten betrug Ende 1934 fast 300 Millionen, und der Betrag der von ihnen gewährten Darlehen erreicht rund eine halbe Milliarde Zloty. Die Kreditgenossenschaften erfüllen eine besonders wichtige Funktion für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. Aehnlich wie die kommunalen Sparkassen finden auch sie Unterstützung bei den Staatsbanken; die grösseren unter ihnen erhalten Rediskontkredit bei der Bank von Polen.

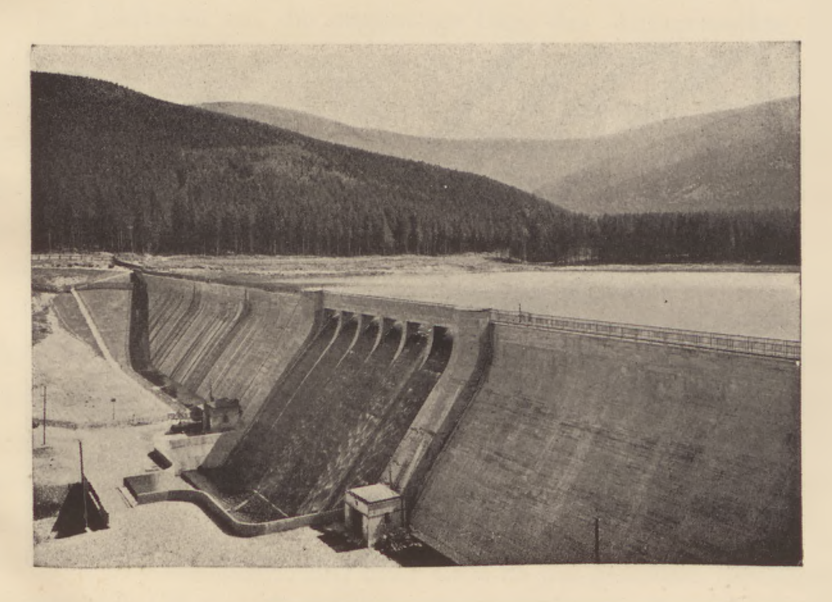
Sowohl die Sparkassen wie die Genossenschaften besitzen Zentraleinrichtungen, welche die Funktion einer Art von Girozentralen ausüben. Solche Einrichtungen sind für die Sparkassen die Kommunale Kreditbank (Komunalny Bank Kredytowy) in Poznań und die Polnische Kommunalbank (Polski Bank Komunalny) in Warszawa. Die Rolle von Girozentralen und Hilfseinrichtungen für den Kreditbedarf der Darlehnsgenossenschaften erfüllen die Vereinsbank der Erwerbsgenossenschaften (Bank Związku Spółek Zarobkowych) in Poznań und die Zentralkasse der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Centralna Kasa Spółek Rolniczych) in Warszawa sowie eine Reihe kleinerer Institute. Die Staatsbanken wiederum bedienen sich des Netzes der Sparkassen und Darlehnsgenossenschaften bei der Verteilung gewisser Kredite und kommen ihnen ausserdem mit finanzieller Hilfe für den jeweiligen Anfang ihrer Tätigkeit nach der Neugründung entgegen.

4. Der langfristige Kredit.

Ausser den früher bereits besprochenen beiden Staatsbanken, nämlich der Landeswirtschaftsbank und der Staatlichen Agrarbank, ist auf dem Gebiet der langfristigen Kreditbeschaffung in Polen eine ganze Reihe von nichtstaatlichen Einrichtungen tätig. Zu ihnen gehören: 3 landschaftliche Kreditgesellschaften, die — den preussischen „Land-



AM REGULIERTEN OBERLAUF DER WEICHSEL



EINE TALSPERRE IN SCHLESIEN



EISENBAHNBRÜCKE ÜBER DEN PRUTH



NEUE EISENBAHNBRÜCKE IN WARSZAWA

schaften“ entsprechend — langfristige Darlehen für den ländlichen Grundbesitz besorgen, 14 städtische Kreditgesellschaften (Stadtschaften), 2 Kommunalbanken, 2 Hypotheken-Aktienbanken und die Kreditgesellschaft der polnischen Industrie. Fast alle diese Einrichtungen entstanden lange vor dem Weltkrieg; einige von ihnen bestehen bereits etwa ein Jahrhundert lang (beispielsweise die Landschaft in Poznań, die 1821 begründet wurde, die landschaftliche Kreditgesellschaft in Warszawa mit dem Gründungsjahr 1825 und die in Lwów mit dem Gründungsjahr 1842).

Die Institute für den langfristigen Kredit konnten ihre Tätigkeit erst nach der Durchführung der Währungsreform von 1924 wiederaufnehmen; die Zeit ihrer lebhaftesten Entwicklung fällt aber in die Jahre 1927 bis 1930. In den darauffolgenden beiden Jahren wurde ihre Wirksamkeit durch die Verschlechterung der allgemeinen Konjunktur stark eingeschränkt. In den Jahren 1933 und 1934 aber wurden im Hinblick auf die Neuordnung der langfristigen Verbindlichkeiten (Herabsetzung der Verzinsung und Ausdehnung der Rückzahlungsfristen) neue Darlehen dieser Art fast nicht erteilt. Das unterblieb auch mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Anlagemarkts für Pfandbriefe und Obligationen. Das Ergebnis ist, dass der Stand der Darlehen in Pfandbriefen und Obligationen im Laufe der letzten zwei Jahre herabgedrückt wurde. Auf die Senkung des Standes dieser Emissionen wirkte teilweise die Amortisierung der früheren Darlehen hin, in grösserem Masse aber noch der Fall der Auslandswährungen (Dollar und Pfund), auf welche diese Wertpapiere zum Teil lauteten.

Unter den einzelnen hierher gehörigen Instituten haben die grösste Bedeutung die landschaftlichen Kreditgesellschaften in Warszawa, Poznań und Lwów, die in genossenschaftlicher Form nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe organisiert sind. Sie erteilen Darlehen in Pfandbriefen und teilweise auch in Obligationen auf das ländliche Grossgrundeigentum. Der gesamte Umlauf ihrer Emissionen betrug Ende 1934 413 Millionen Zloty oder 46 v. H. des gesamten Bestandes der von nichtstaatlichen Einrichtungen für langfristigen Kredit erteilten

Darlehen. Eine ähnliche Organisation besitzen die städtischen Kreditgesellschaften, welche Darlehen in Pfandbriefen auf städtischen Immobilbesitz hergeben. Die Summe dieser Darlehen betrug zuletzt 321 Millionen Zloty oder 36 v. H. des genannten Gesamtbetrages. Die übrigen Einrichtungen, also die beiden Kommunalbanken und die beiden Hypothekenbanken spielen eine verhältnismässig geringere Rolle; der Betrag der von ihren erteilten Darlehen beläuft sich auf zusammen knapp 120 Millionen Zloty. Die letzterwähnte Institution, die Kreditgesellschaft der polnischen Industrie, wurde zur Finanzierung gewerblicher Investitionen durch Ausgabe von Pfandbriefen begründet; sie wies am 31. Dezember 1934 langfristige Darlehen im Betrage von 36 Millionen Zloty aus.

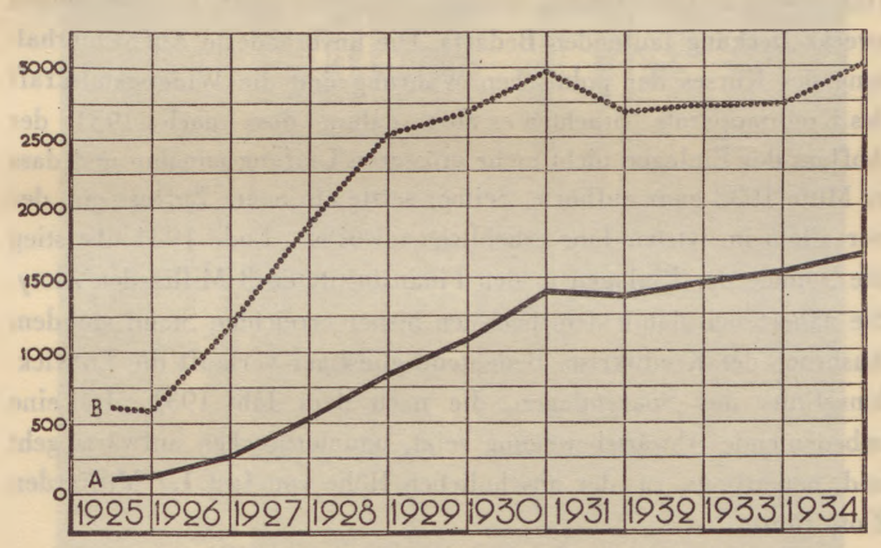
Der gesamte Emissionsstand der nichtstaatlichen Einrichtungen für langfristigen Kredit einschliesslich der aufgewerteten Vorkriegsemissionen betrug am 31. Dezember 1934 889 Millionen Zloty. Mit dieser Summe reichen alle diese Institute nicht an die Leistungen der Staatsbanken auf dem Gebiet des langfristigen Kredits heran, deren Pfandbrief- und Obligationenumlauf zur gleichen Zeit 1091 Millionen Zloty oder über 200 Millionen mehr ausmachte. Bis 1932 betrug die nominelle Verzinsung der neu ausgegebenen Pfandbrief- und Obligationen-Darlehen 7 bis 10 v. H. Seit 1933 wurde diese Verzinsung auf Grund eines Ende 1932 erlassenen Sondergesetzes auf 4½ v. H. bzw. 5½ v. H. herabgesetzt. Gleichzeitig wurde auch der Zinsabschnitt der im Zusammenhang damit ausgegebenen Emissionen auf dieselbe Höhe ermässigt; diese Zinssenkung wurde aber nicht auf die Emissionen der beiden Staatsbanken (Landeswirtschaftsbank und Staatliche Agrarbank) angewandt und ebensowenig auf die Papiere, für die der Staatsfiskus bürgt, sowie auch auf diejenigen Emissionen, welche im Auslande untergebracht und an den dortigen Börsen notiert waren.

5. Innere Kapitalbildung.

Der Prozess der Bildung von Geldkapital in Polen konnte erst nach der Einführung der Goldwährung 1924 beginnen. Die Gesamtbeträge

der Einlagen, welche zu jenem Zeitpunkt den Kreditinstituten anvertraut waren, erwiesen sich als so geringfügig, dass man mit vollem Recht sagen kann: die Ansammlung von Sparkapital habe 1924 überhaupt erst ihren Anfang genommen. Der Zusammenbruch des Zloty Mitte 1925 veranlasste einen teilweisen Abfluss der Einlagen und hemmte die Spartätigkeit wieder für einige Zeit. Erst in der zweiten Hälfte 1926, nach der Stabilisierung der Währung und dem Uebergang Polens zu wirtschaftlicher Belebung, verstärkte sich der Kapitalbil-

EINLAGENENTWICKLUNG
IN MILLIONEN ZLOTY



A SPAREINLAGEN B GESAMTEINLAGEN IN DEN FINANZINSTITUTEN

dungsprozess ganz erheblich und zeigte sich in einem bedeutenden Anwachsen der Einlagen in allen Kreditinstituten. Die obige Aufstellung, die den allgemeinen Stand der Einlagen in sämtlichen Kreditanstalten des Landes einschliesslich der Sparkassen und Kreditgenossenschaften darstellt, illustriert diese Entwicklung.

Der starke Zuwachs der Einlagen dauerte bis zum ersten Vierteljahr 1931 und erreichte damals den Betrag von über drei Milliarden Zloty, also mehr als das Vierfache des Standes von Mitte 1926. In der zweiten Hälfte 1931 änderte sich jedoch die Lage; seither ergab sich

ein zeitweise recht starker Abfluss der Einlagen, der unter gewissen Schwankungen bis Mitte 1933 andauerte. Zunächst hatte dieser Abfluss seine Ursache grossenteils in den Ereignissen im Bankwesen des Auslands, nämlich in dem bereits erwähnten Zusammenbruch der österreichischen und deutschen Banken. Weiterhin wirkten die Abwertungen zahlreicher Währungen einschliesslich Pfund und Dollar ungünstig ein, indem sie eine gewisse Beunruhigung auch unter den polnischen Einlegern hervorriefen. Ueberdies verschärfte sich die Krise, verminderten sich die Einkünfte, und dies hemmte nicht nur den weiteren Zufluss von Kapitalrücklagen, sondern es führte auch zu Abhebungen zwecks Deckung laufenden Bedarfs. Die unveränderte Aufrechterhaltung des Kurses der polnischen Währung und die Widerstandskraft des Kreditapparats brachten es aber dahin, dass nach 1931 der Abfluss der Einlagen nicht mehr grösseren Umfang annahm und dass er Mitte 1933 ganz aufhörte. Seither setzte ein neuer Zufluss ein, der vor allem im letzten Jahr erheblich anwuchs. Ende 1934 überstieg die Summe der Einlagen in den Finanzinstituten 3 Milliarden Zloty. Sie nähert sich damit dem höchsten bisher erreichten Stand vor dem Ausbruch der Kreditkrise. Bedeutend günstiger verläuft die Entwicklunsglinie der Spareinlagen, die nach dem Jahr 1931, das eine unbedeutende Abwärtsbewegung zeigt, ununterbrochen aufwärts geht und neuerdings zu der ansehnlichen Höhe von fast 1,7 Milliarden Zloty führte.

Die Bildung von Geldkapital findet ihren Ausdruck nicht nur in den Einlagen der Kreditinstitute, sondern auch in der Ansammlung von Fonds aus Haushaltsüberschüssen und besonderen Aufwendungen zur Finanzierung von notwendigen öffentlichen Arbeiten durch den Staat. Diese Fonds werden durch die staatlichen Banken angelegt, hauptsächlich in Gestalt von Krediten zur Belebung der Wirtschaft. Der Stand der staatlichen Fonds, die in der Landeswirtschaftsbank und in der Staatlichen Agrarbank angelegt bzw. von diesen Banken verwaltet werden, betrug Ende 1934 zusammen 1 061 Millionen Zloty. Schliesslich ist auch das Anwachsen der Fonds und Vermögensreserven in den Versicherungsanstalten hervorzuheben, und zwar sowohl der



HUNDERTJÄHRIGE FICHTE IM URWALD VON BIAŁOWIEŻA



HOLZFLÖSSEREI



EXPORTHOLZLAGER



ARABERGESTÜT DER FÜRSTEN SANGUSZKO



RINDERHERDE (TIEFLANDRASSE)



WEIDENDE SCHAFHERDE



POLNISCHE ZUCHTSCHWEINE

Fonds der Privatversicherungen (Sach- und Lebensversicherung) als auch in den auf gesetzlichen Pflichtleistungen heruhenden Sozialversicherungsinstituten. Der Stand dieser Fonds beträgt gegenwärtig annähernd 1 Milliarde Zloty.

Die Hauptgrundlage der Bildung von Geldkapital bildet neben dem Einkommensstand und dem Spartrieb eines Volkes zweifellos die Stabilität der Währung seines Staates. Die unerschütterte Aufrechterhaltung des Zlotykurses und das Vertrauen der Bevölkerung zur eigenen Landeswährung sind unbestritten die wichtigsten Faktoren für die Förderung der Kapitalbildung in Polen.

PRODUKTION UND ABSATZ

1. Land- und Forstwirtschaft.

Den wichtigsten Teil des polnischen Wirtschaftslebens bildet die Landwirtschaft, welche zwei Dritteln der Einwohner des Staates Beschäftigung gibt. Der Ackerbau überwiegt über die Viehzucht: Polen zählt zu den Ländern mit der grössten Getreideerzeugung und-ausfuhr in Europa. Die folgende Tabelle gibt die Erntemengen der wichtigsten Feldfrüchte in Polen an (in Millionen dz):

Jahre	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
1909—13*)	16.8	57.1	14,9	28,1	247,9	41,1
1924—28*)	14,9	55,4	12,5	20,4	246,3	39,0
1929—33*)	19,6	65,7	14,9	25.4	303.9	33,4
1929	17,9	70,1	16,6	29.5	317.5	49,7
1930	22,4	69,6	14,6	23,5	309,0	47,2
1931	22.6	57.0	14,8	23,1	309,9	27,6
1932	13,5	61,1	14,0	23,9	299,7	23,8
1933	21,7	70,7	14,4	26.8	283.3	18,5
1934	20,8	64,6	14,5	25,5	334,7	25,7

In der Getreideerzeugung überwiegt sehr stark der Roggenanbau. Polen bringt etwa 14 v. H. der Roggenwelternte hervor und nimmt auf diesem Produktionsgebiet den dritten Platz, nach Russland und Deutschland, ein. An derselben Stelle stehen

*) Jahresdurchschnitt.

wir in der Reihenfolge der Kartoffeln erzeugenden Länder, da wir hierin 15 v. H. der gesamten Weltproduktion hervorbringen. In der Weizenerzeugung werden wir mengenmässig von 13 Ländern übertroffen, in der Gerstenproduktion von 7 und im Haferanbau von 5 Ländern, so dass auch die polnische Produktion dieser Getreidearten als bedeutend bezeichnet werden kann. In der Flachserzeugung nehmen wir die zweite Stelle, nach Russland, ein.

Ein hoher Stand der landwirtschaftlichen Kulturen wurde vor allem in den westlichen Wojewodschaften Poznań und Pommerellen erreicht, wo die durchschnittlichen Erträge an Weizen rund 20, an Roggen 15, Gerste 18 und Hafer 17 dz je ha betragen.

Fast in allen Erntejahren — mit Ausnahme ausgesprochener Misserntezeiten — wies Polen bedeutende Ausfuhrüberschüsse an Getreide, vor allem Roggen und Gerste auf. Der Aussenhandel in den vier Hauptgetreidearten gestaltete sich in den letzten Wirtschaftsjahren folgendermassen (in 1000 t; Ausfuhrüberschuss +, Einfuhrüberschuss —):

Jahre	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste
1928/29	— 67,7	+ 56,1	— 4,3	+ 186,3
1929/30	— 2,0	+ 330,0	+ 78,8	+ 262,7
1930/31	+ 81,6	+ 266,6	+ 6,2	+ 126,9
1931/32	+ 56,7	+ 108,4	+ 2,8	+ 142,7
1932/33	+ 16,9	+ 288,3	+ 13,9	+ 161,4
1933/34	+ 49,4	+ 464,9	+ 13,8	+ 160,5
1934/35*)	+ 18,7	+ 411,2	+ 36,1	+ 296,3

Auch in der Viehzucht nimmt Polen, wie die Ziffern der Weltproduktion und des Welthandels zeigen, eine gewichtige Stellung ein. Seinem Schweinebestand nach (7 089 000 Stück) nimmt es den 5. Platz in der Welt ein; es gehört zu den führenden Exportländern für Lebendschweine und Fleischwaren. Der Bestand Polens an Rindvieh beträgt gegenwärtig 9 253 000 Stück (8. Stelle in der Weltwirtschaft), an Pferden 3 762 000 Stück (5. Stelle in der Weltwirtschaft), an Schafen 2 554 000 Stück.

---

*) August 1934 — April 1935.

Zu erwähnen ist auch das stark entwickelte landwirtschaftliche Veredelungsgewerbe, vor allem die Zuckerindustrie. Im Wirtschaftsjahr 1933/34 erreichte die Zuckerproduktion 344 000 t, von denen fast 100 000 t ins Ausland ausgeführt wurden. In der Rübenzuckererzeugung nimmt Polen den 5. Platz in Europa und den 7. in der Welt ein. Ausserdem hat Polen ein hochentwickeltes Brennerei- und Mühlenwesen, eine ebensolche Brauindustrie, Kartoffelverarbeitung und Fleischwarenfabrikation. Besonders günstig entwickelt sich der letztgenannte Gewerbezweig, und zwar vor allem die Baconerzeugung, die ihren Absatz hauptsächlich auf den Auslandsmärkten findet.

Hinsichtlich des Waldbestandes steht Polen an 6. Stelle in Europa; seine Waldflächen betragen fast 8 Millionen ha. Der jährliche Zuwachs an Holz erreicht 21,5 Millionen cbm und ermöglicht nicht nur die Deckung des inneren Bedarfs, sondern gibt auch alljährlich bedeutende Ausfuhrüberschüsse, die Polen den Rang eines der grössten Holzausfuhrländer in Europa verschaffen (das vierte nach Russland, Finnland und Schweden). 1927 erreichte der Holzexport seinen höchsten Stand mit 6 426 000 t; damals nahm Polen die erste Stelle unter den europäischen Holzausfuhrländern ein. In den folgenden Jahren sank die Ausfuhr, am stärksten in der Krisenzeit 1930 — 1932. Seit 1933 ist dagegen wieder eine bedeutende Besserung des polnischen Holzexports zu beobachten, die auch 1934 anhielt.

Der grosse Holzreichtum ermöglichte eine bedeutende Entwicklung der entsprechenden Gewerbezweige in Polen, darunter vor allem der Möbelindustrie (Bugholzmöbel), der Sperr- und Furnierholzherstellung u. a.

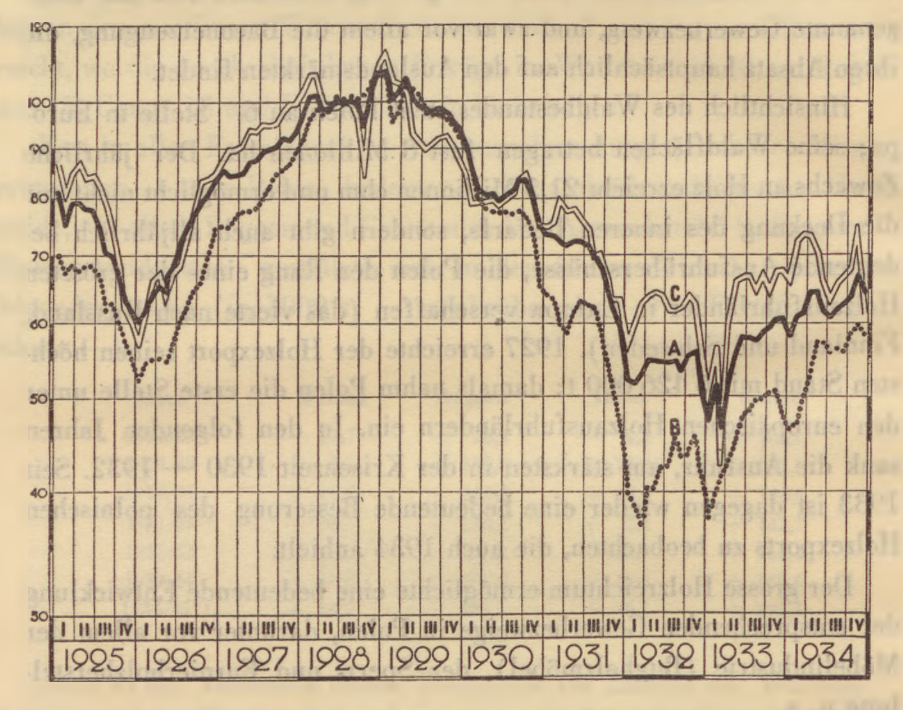
2. Bergbau und Industrie.

Als der Weltkrieg zu Ende war, befand sich die polnische Industrie in weit schlimmerer Lage als die Industrie in anderen Ländern. Die Kriegszeit war fast überall eine Epoche des Ausbaus der gewerblichen Betriebe, die ihren Nutzen aus den Heereslieferungen zogen, sich modernisierten und in starken Verbänden und Konzernen zusammenschlossen. Dagegen wurden die industriellen Hauptzentren Polens da-

mals stillgelegt und teilweise vernichtet, wie das eingangs geschildert wurde. Bis zur Wiederaufrichtung Polens war die Entwicklung der Industrie in den drei Teilgebieten auf völlig gesonderten Wegen vor sich gegangen, so dass im Zeitpunkt der Vereinigung dieser Landesteile der Produktions- und Verteilungsapparat keine einheitliche Gesamtorgani-

INDEXZIFFERN DER INDUSTRIEPRODUKTION

(LOGARYTHMISCHE SKALA — BASIS : 1928 = 100)



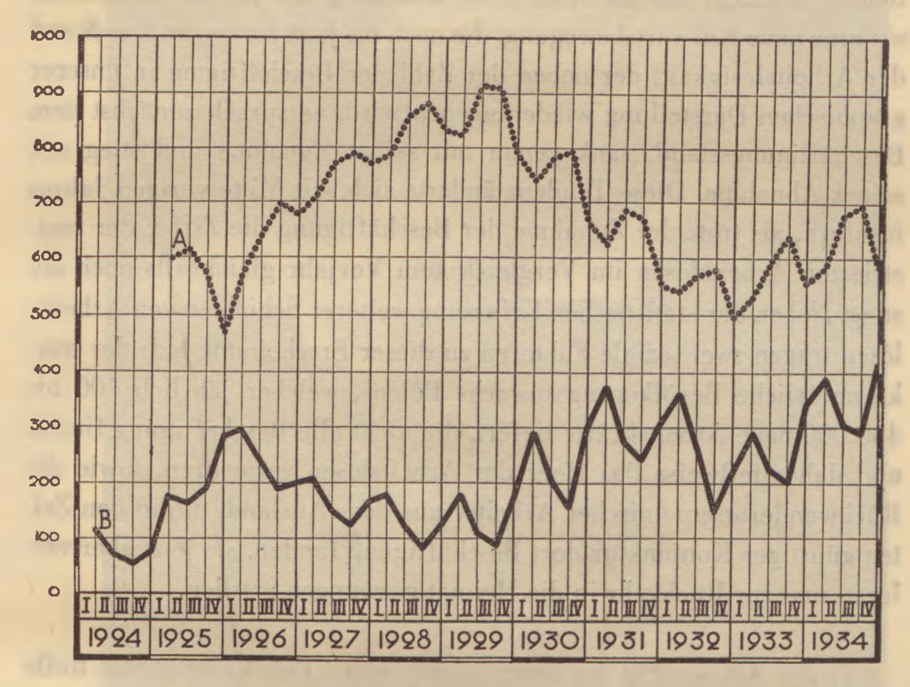
A GESAMTINDEX B ERZEUGUNG VON PRODUKTIONSMITTELN C ERZEUGUNG VON VERBRAUCHSGÜTERN

sation darstellte. Trotz diesen Schwierigkeiten wurde der gewerbliche Wiederaufbau ziemlich schnell durchgeführt, grossenteils noch in der Zeit der Inflation, welche der Industrie dazu verhalf, ihre Stellung auf dem eigenen Markt zu festigen und ihre Erzeugnisse auch auf die Auslandsmärkte zu bringen. Mit der Einführung der Goldwährung trat zunächst eine schwere Industriekrise ein. Doch begann damit auch

der Zeitabschnitt eines organischen Umbaus der Industrie zu einer harmonischen Einheit, entsprechend den Entwicklungsbedingungen eines grossen Staates.

Seit 1926 ermöglichten die Jahre der günstigen Gesamtkonjunktur nach der endgültigen Stabilisierung der Währung und der Ordnung der Staatswirtschaft auch der Industrie einen Aufschwung zu hohem Produktivitäts- und Ertragsgrad. Fast überall wurde der Vorkriegs-

DER ARBEITSMARKT



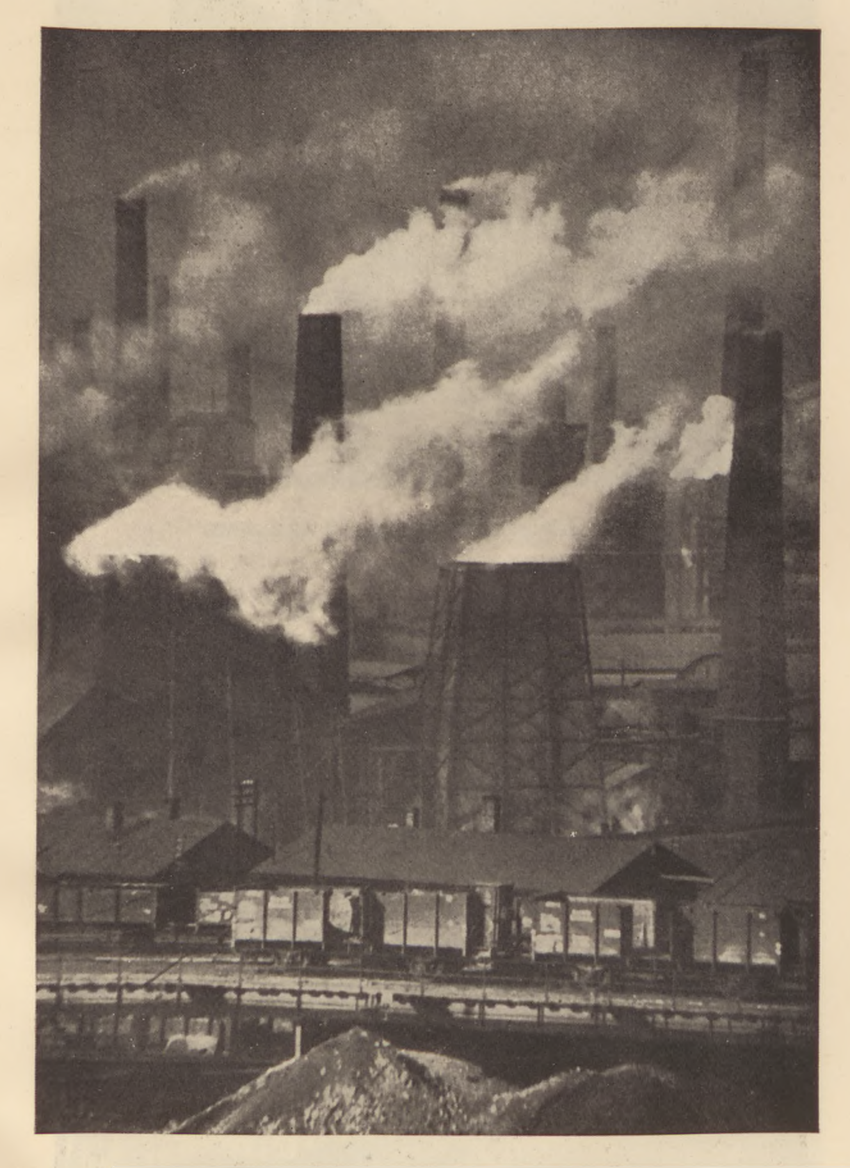
A ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN INDUSTRIEARBEITER — IN 1000
B ARBEITSLOSENZAHL — IN 1000

stand erreicht und auf vielen Gebieten sogar bedeutend überschritten. Die Verschärfung der industriellen Weltkrise seit 1929 machte sich aber auch in Polen empfindlich fühlbar; mit Ausnahme einiger weniger Gewerbezweige war seitdem ein Sinken der Produktion und des Beschäftigungsstandes sowie eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Der Rückgang der industriellen Erzeugung dauerte etwa bis

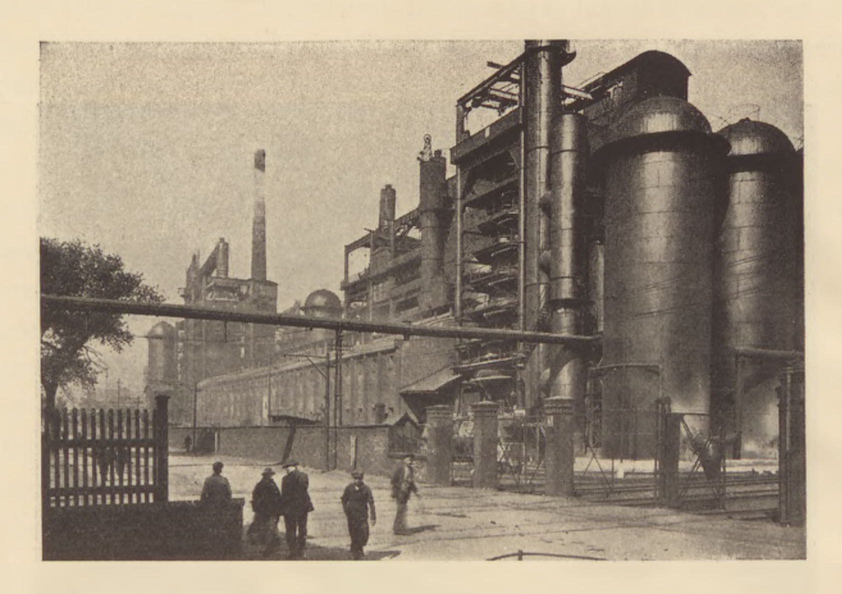
Mitte 1933; schon in der zweiten Hälfte dieses Jahres begann aber der Produktionsindex wieder anzusteigen, und diese Aufwärtsbewegung hielt auch 1934 an. Die Entwicklung der industriellen Produktionsziffern verdeutlicht die Darstellung auf Seite 48.

Den gewerblichen Konjunkturverlauf spiegelt auch die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter (mit Einschluss der öffentlichen Arbeiten) wieder. Sie wächst seit 1926 zunächst recht stark und erreicht ihren Höhepunkt Mitte 1929. Dann beginnt ein ziemlich erhebliches Absinken, das bis Mitte 1933 andauert, und seither beobachten wir eine neue Aufwärtsbewegung, die noch bis jetzt fortwirkt. Der Stand der Arbeitslosigkeit, der neben der Zahl der Beschäftigten in unserer graphischen Darstellung wiedergegeben wird, entsprach zunächst dem Beschäftigungsstand, sank genau mit seiner Zunahme und stieg mit seiner Abnahme. Diese Tendenz änderte sich seit Mitte vorigen Jahres insofern, als trotz der Zunahme der Beschäftigung die Ziffer der registrierten Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr gleichfalls noch anstieg. Neben der statistischen Erfassung weiterer Schichten von Arbeitslosen tragen zwei soziale Faktoren zu dieser Erscheinung bei: der starke natürliche Bevölkerungszuwachs Polens, welcher jährlich 400 bis 450 000 neue Arbeitskräfte liefert, die nicht alle Beschäftigung finden und daher teilweise das Heer der Arbeitslosen vermehren, sowie die Rückwanderung polnischer Arbeiter aus dem Ausland, die in den Zeiten günstiger Konjunktur dort Beschäftigung fanden, sie jetzt aber verloren und zur Rückkehr in die Heimat gezwungen wurden.

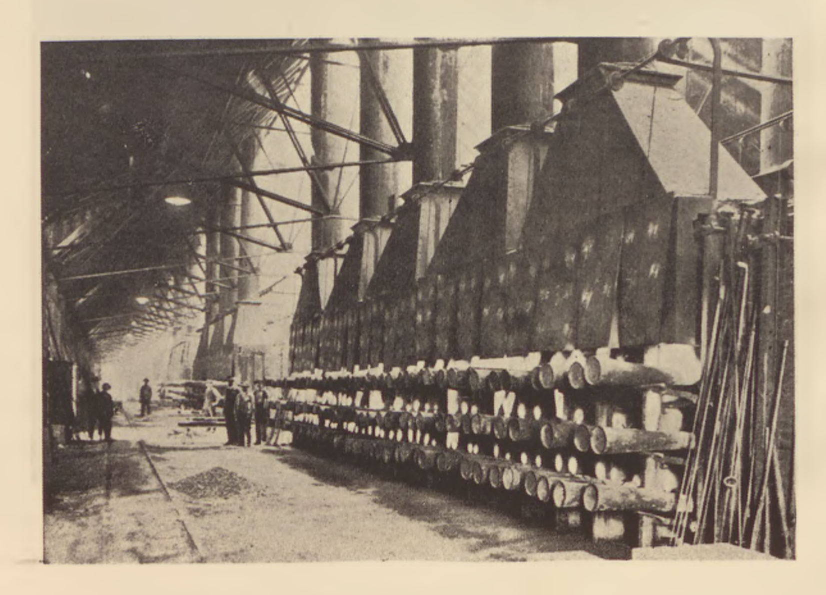
In der Ausbeutung der Bodenschätze spielt Polen eine grosse Rolle von internationaler Bedeutung. Vor allem erreichte es im Steinkohlenbergbau seine höchste Stellung im Jahre 1929 (46 Millionen t Förderung); damals kam es darin noch über die Vorkriegsproduktion hinaus. In den folgenden Jahren fiel die Förderung infolge des Absatzrückganges auf dem Binnenmarkt wie auch in der Ausfuhr ziemlich stark, um im Jahre 1933 auf den niedrigsten Stand zu sinken. In der Kohlenproduktion nimmt Polen in Europa den 5. Platz nach England, Deutschland, Russland und Frankreich ein, in der Ausfuhr



GESAMTANSICHT DES EISENHÜTTENWERKS „PIŁSUDSKI“ (SCHLESIEN)



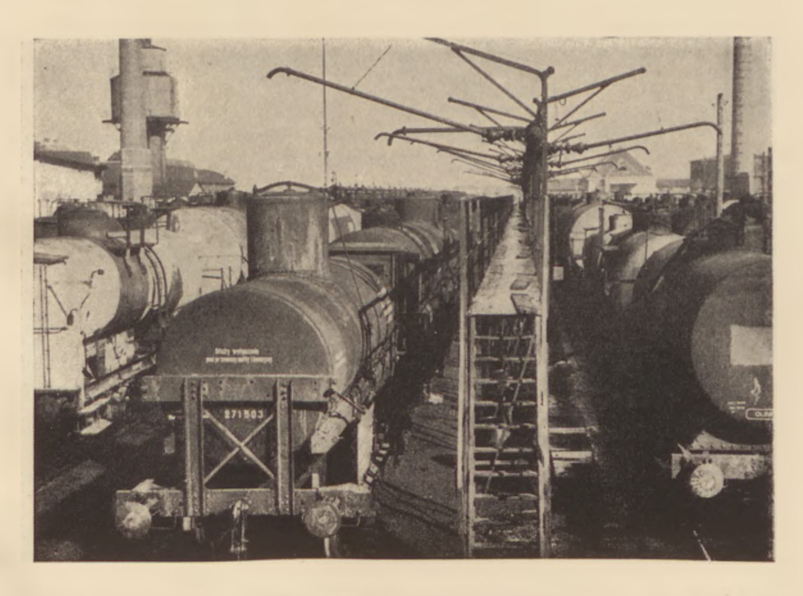
EISENHÜTTENWERK IN NOWY BYTOM (SCHLESIEN)



ZINKHÜTTE IN SZOPIENICE (SCHLESIEN)



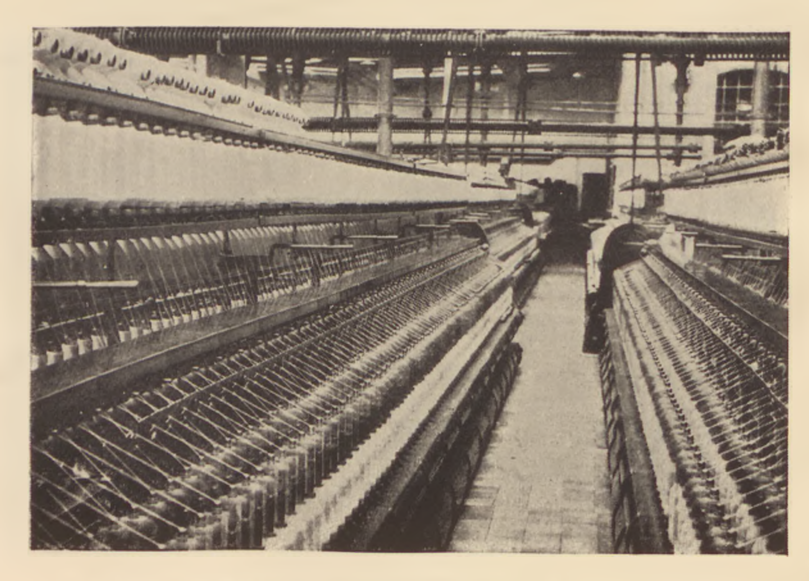
IM POLNISCHEN PETROLEUMREVIER VON BORYSŁAW



VERSAND VON NAPHTAPRODUKTEN AUS DER RAFFINERIE „POLMIN"



ŁÓDŹ — DAS ZENTRUM DER POLNISCHEN TEXTILINDUSTRIE



BAUMWOLLSPINNEREI IN ŁÓDŹ

den 3. (nach England und Deutschland). Der starke Rückgang von Kohlenförderung und -absatz, den Polen in den letzten Jahren aufweist, ist keine vereinzelte Erscheinung in der Welt; er wurde fast in gleichem Masse durch Rückgang der Verbrauchs im Lande und verminderten Bedarf im Ausland veranlasst. Dieselben Schwierigkeiten kennen auch die anderen Länder, die einen bedeutenden Teil ihrer Kohle exportieren müssen. Kohlenförderung und -absatz Polens zeigt die folgende Tabelle (in 1000 t):

Jahre	Förderung	Absatz im Inland	Ausfuhr
1925	29 081	17 168	8 228
1926	35 747	17 642	14 707
1927	38 084	22 195	11 579
1928	40 016	23 561	13 407
1929	46 238	27 123	14 371
1930	37 511	20 292	12 811
1931	38 265	19 042	14 326
1932	28 835	15 195	10 362
1933	27 339	15 261	9 703
1934	29 233	15 784	10 406

Trotz der in den letzten Jahren verschärften Konkurrenz auf den fremden Märkten konnte der polnische Bergbau seinen Absatz dort halten und sogar noch ausdehnen. Der Kohlenexport aus Polen geht vor allem in die skandinavischen Länder (40 v. H. der Gesamtausfuhr) und dann auch nach Mittel- und Westeuropa. Die Rückgänge der letzten Jahre auf den mitteleuropäischen Märkten, die durch verminderten Bedarf und Verhängung von Einfuhrbeschränkungen in diesen Staaten entstanden, wurden weitgehend durch Absatzvermehrung in West- und Südeuropa ausgeglichen. Diese Ergebnisse konnten nur dank der hohen Qualität der polnischen Kohle erzielt werden, welche den besten Sorten der englischen Kohle nichts nachgibt; auch der technische und organisatorische Fortschritt, der während der letzten Jahre im polnischen Kohlenbergbau erreicht wurde, trug viel dazu bei.

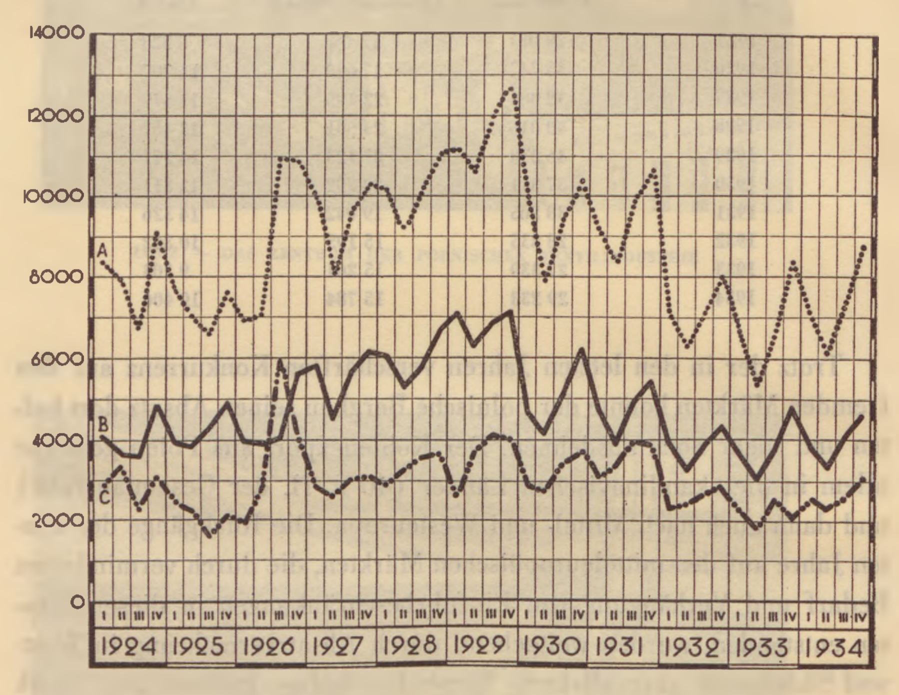
In der Erdölgewinnung gehört Polen neben Russland und Rumänien zu den drei grossen Petroleumproduzenten Europas. Die Petroleumförderung ergab 1934 530 000 t, die Produktion der Raffine-

rien an Petroleumerzeugnissen gleichzeitig 484 000 t. Diese Erzeugnisse werden durchschnittlich zu 60 v. H. im Inland verbraucht, während 40 v. H. in die Ausfuhr gehen, hauptsächlich nach Mitteleuropa.

In den Nachkriegsjahren wurde der Abbau von Kalisalzen stark entwickelt, die so grosse Bedeutung für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion haben. Ein Teil dieser Salze wird ins Ausland exportiert. Das Unternehmen, das sich mit ihrem Abbau

STEINKOHLENGEWINNUNG UND-ABSATZ

IN 1000 T



A FÖRDERUNG B INLANDSABSATZ C AUSFUHR

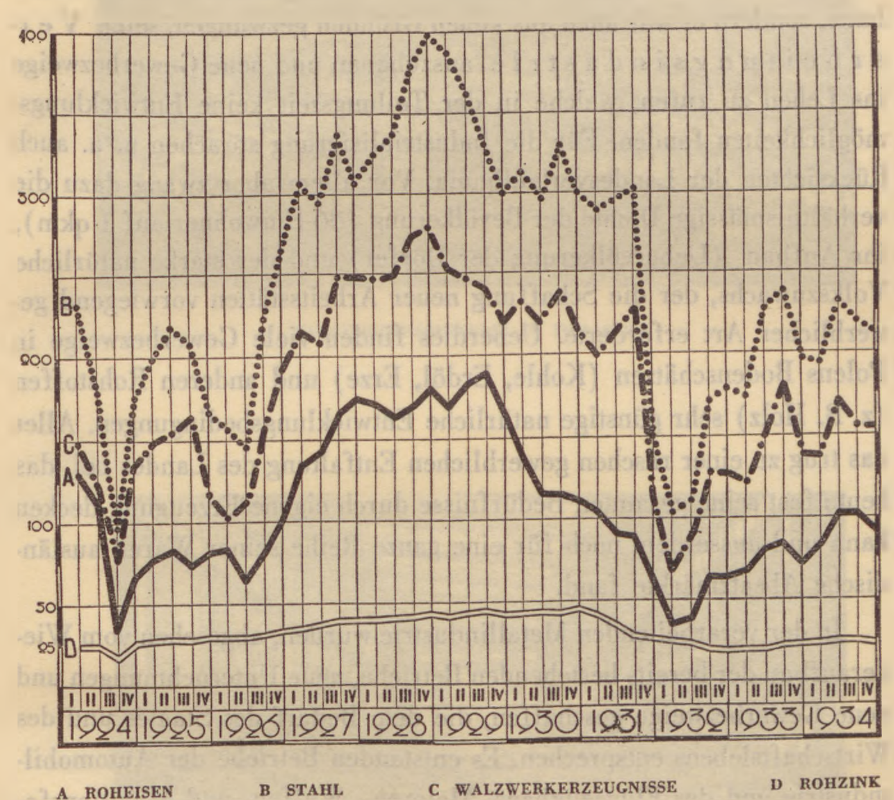
(im Kałusz, Stebnik und Hołyń) befasst, ist Eigentum der Landeswirtschaftsbank.

Die Produktionsfähigkeit des Eisenhüttenwesens übersteigt gegenwärtig den Bedarf Polens, so dass ein bedeutender Teil seiner Erzeugnisse zur Ausfuhr gelangt. In der europäischen Roheisenproduktion nehmen wir den 11. Platz ein, in der Stahlproduktion den 8.

Den höchsten Erzeugungsstand erreichte das Hüttenwesen in den Jahren 1928 und 1929; damals wurden durchschnittlich 700 000 t Roheisen und 1,4 Millionen t Stahl hergestellt. In den darauffolgenden beiden Jahren ging die Produktion stark zurück. Die Jahre 1933 und 1934 brachten bereits eine bedeutend verbesserte Beschäftigung, durch wel-

DIE HÜTTENPRODUKTION

IN 1000 T



che die Erzeugung von Roheisen im letzten Jahr wieder auf 382 000 t, diejenige von Stahl auf 856 000 t anstieg.

Noch erheblich grössere Bedeutung hat Polen für die Z i n k a u s f u h r; in der Erzeugung dieses Metalls nimmt es in der Welt den 4. Platz nach den Vereinigten Staaten, Belgien und Kanada ein. Die Zinkproduktion betrug 1934 93 000 t (1930: 174 000 t) und bildet

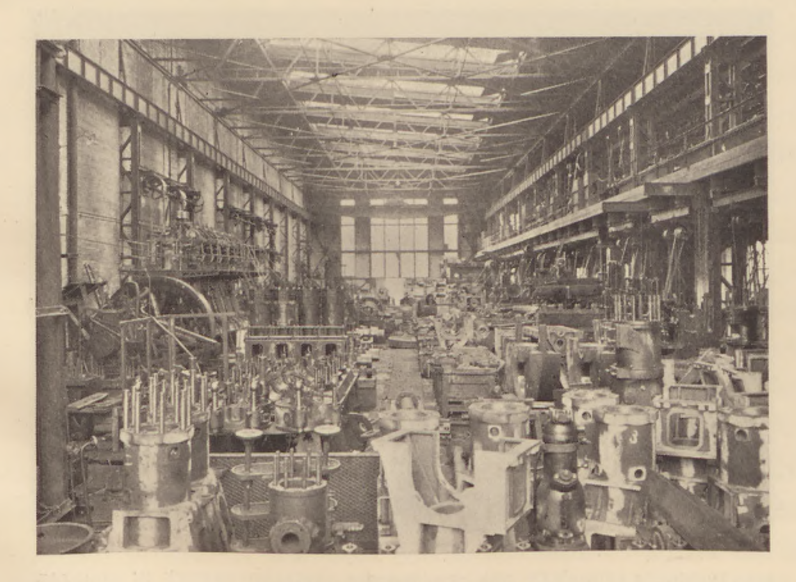
damit rund 9 v. H. der Welterzeugung. Die Ausfuhr bezifferte sich 1934 auf 67 000 t und brachte damit Polen auf den zweiten Platz auf dem Weltmarkt nach den Vereinigten Staaten.

Das wiedererstandene Polen konnte sich nicht auf die Ausbeutung seiner Rohstoffe beschränken und durch ihren Export seinen Bedarf an Fertigwaren decken. Es musste nicht nur den industriellen Stand aufrechterhalten, den es als Erbschaft der Teilungsmächte übernommen hatte, sondern es war auch aus vielen Gründen gezwungen, seine Verarbeitungsindustrie auszubauen und neue Gewerbezweige ins Leben zu rufen, welche in der Teilungszeit keine Entwicklungsmöglichkeiten fanden. Für die Industrialisierung sprachen u. a. auch Rücksichten der Landesverteidigung. Vor allem aber zwang dazu die verhältnismässige Dichte der Bevölkerung (86 Einwohner auf 1 qkm), ihr Aufbau (Uebervölkerung der Dörfer) und der starke natürliche Volkszuwachs, der die Schaffung neuer Arbeitsstätten vorwiegend gewerblicher Art erforderte. Ueberdies finden viele Gewerbezweige in Polens Bodenschätzen (Kohle, Erdöl, Erze) und anderen Rohstoffen (z. B. Holz) sehr günstige natürliche Entwicklungsbedingungen. Alles das trug zu einer raschen gewerblichen Entfaltung des Landes bei, das heute fast seine gesamten Bedürfnisse durch eigene Erzeugung decken kann und ausserdem noch für eine ganze Reihe seiner Waren ausländische Absatzmärkte fand.

In der verarbeitenden Metallindustrie wurden, abgesehen vom Wiederaufbau der bereits bestehenden Betriebe, neue Unternehmungen und neue Gewerbezweige geschaffen, die dem Bedarf des Staates und des Wirtschaftslebens entsprechen. Es entstanden Betriebe der Automobilindustrie und des Flugzeugbaus, Motoren-, Waffen- und Munitionsfabriken. Ausgebaut wurde die Produktion von Eisenkonstruktionen, Werkzeugen und verschiedenen Maschinen. Auf dem Gebiet der Herstellung von rollendem Bahnmaterial besitzt Polen gegenwärtig 6 grosse Waggonfabriken (vor dem Kriege 2) sowie 3 grosse Lokomotivfabriken, die nicht nur den Gesamtbedarf der polnischen Eisenbahn decken, sondern auch im Ausland Absatz finden. Beinahe von Grund auf wur-



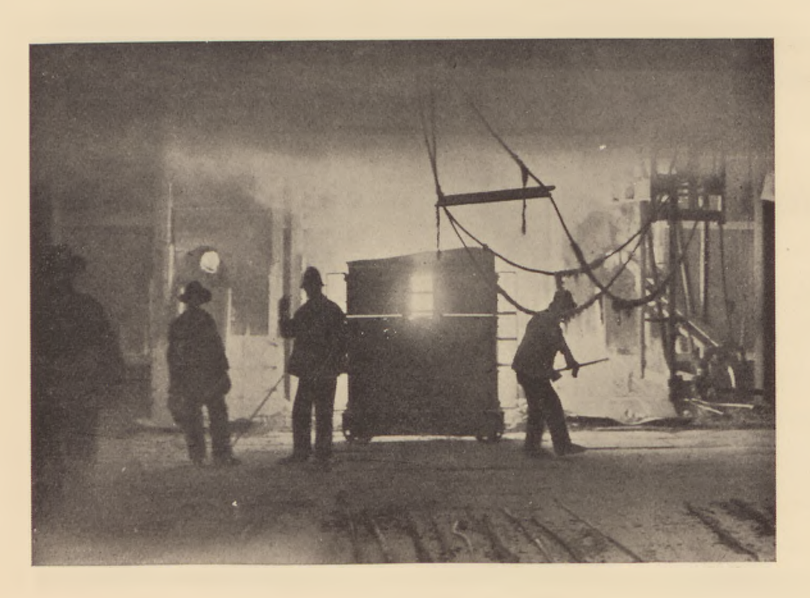
KUNSTSEIDENSPINNEREI IN TOMASZÓW



MOTORENFABRIK IN WARSZAWA



RÖHRENWALZWERK



ELEKTRISCHE KARBIDÖFEN DER STAATLICHEN STICKSTOFFWERKE IN CHORZÓW (SCHLESIEN)

de die Elektroindustrie neu geschaffen, die vor dem Kriege hier nur kleine Reparatur- und Installationswerkstätten besass.

Recht grosse Fortschritte machte die Textilindustrie, welche sich den höheren Anforderungen des Binnenmarkts und der neuen Exportmärkte anpasste, ihre Betriebe erweiterte, ihre Produktionsmethoden modernisierte und die Qualität ihrer Waren verbesserte. Zwar verminderte sich die Massenerzeugung der vor dem Kriege in Russland und im Fernen Osten abgesetzten Waren minderer Güte; aber abgesehen von der qualitätsmässigen Verbesserung der Produktion entstanden auch neue Produktionszweige des Webwarengewerbes wie beispielsweise die Seidenindustrie. Das Baumwollgewerbe in Polen zählte zuletzt 1 817 000 Spindeln und 47 000 Webstühle, das Wollgewerbe 773 000 Spindeln und 15 000 Webstühle, das Leinengewerbe 22 000 Spindeln, die Juteerzeugung 30 000 Spindeln und die Seidenproduktion 3 000 Webstühle.

Auch in der Entwicklung der chemischen Industrie blieb Polen nicht hinter anderen Staaten zurück; es baute vor allem diejenigen chemischen Produktionszweige aus, welche grundlegende Bedeutung für andere grosse Bezirke des Wirtschaftslebens besitzen. Zur Erzeugung von Kunstdünger besteht eine Anzahl von Superphosphatfabriken, die den gesamten, sogar stark vermehrten Bedarf des Landes völlig decken können. Auch die Produktion von Stickstoffdünger wurde durch die Errichtung der staatlichen Stickstoffabrik in Mościce (Wojewodschaft Kraków) bedeutend gefördert; diese Fabrik kann zusammen mit dem zweiten staatlichen Unternehmen in Chorzów (Schlesien) nicht nur die für die inländische Landwirtschaft erforderlichen Mengen herstellen, sondern sie erzeugt auch noch erhebliche Ueberschüsse für den Export. Aehnlich wie in der ganzen Welt entwickelte sich die Kunstseidenindustrie, die in Polen durch drei Fabriken vertreten ist, ferner die für die Webwarenerzeugung so wichtige Farbenproduktion. Fast vollständig neu geschaffen wurde die Gummiindustrie, welche beinahe alle für den Inlandsmarkt unentbehrlichen Gummiartikel produziert und auch bereits im Export auftritt. Rasche Entfaltung weisen auch alle anderen Industriezweige auf, die im Wirt-

schaftsleben Polens eine grosse Rolle spielen und günstige natürliche Entwicklungsbedingungen besitzen, wie die Ziegeleien, die Zementproduktion, die Glashütten, die Papierfabrikation, das Nahrungsmittelgewerbe und die Lederindustrie.

3. Das Verkehrswesen.

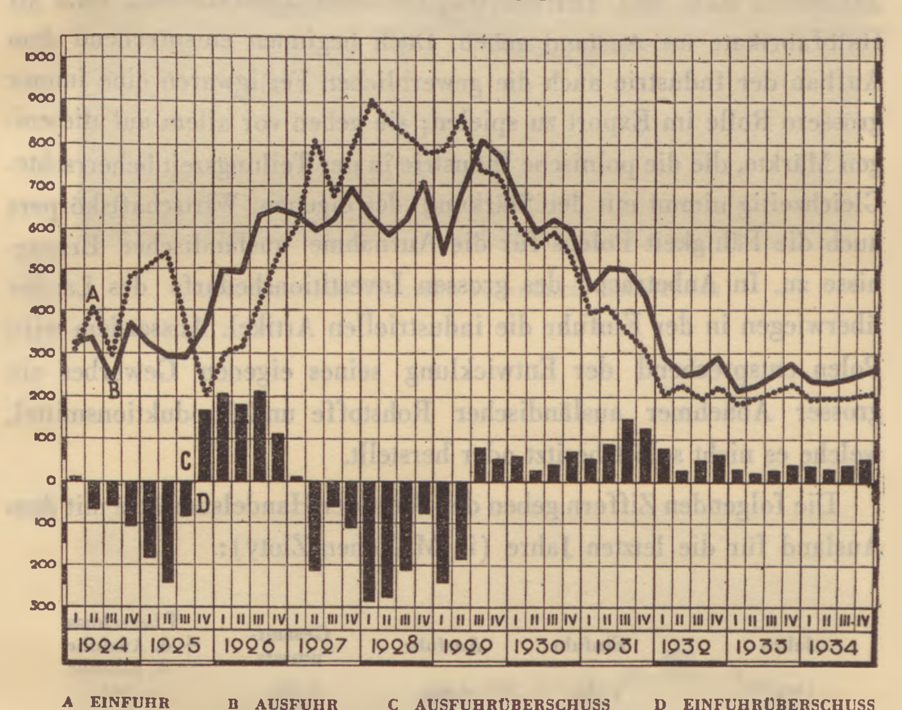
Als Verkehrsmittel besitzt in Polen die Eisenbahn die grösste Bedeutung. Die Länge ihrer Normalspurstrecken beträgt gegenwärtig 18 009 km, die der Schmalspurstrecken 3 559 km. Im Laufe der Nachkriegszeit wurden 1 316 km neuer Linien ausgebaut, obwohl in den ersten Jahren die Hauptanstrengung auf den Wiederaufbau derjenigen Eisenbahnlinien und -einrichtungen verwandt werden musste, welche in der Kriegszeit zerstört worden waren. Unter den neuen Linien verdient vor allem die sogenannte Kohlenmagistrale Oberschlesien — Gdynia Hervorhebung, welche das Berg- und Hüttenrevier auf dem kürzesten Wege mit der Ostsee verbindet. Das rollende Eisenbahnmaterial wurde sowohl an Lokomotiven wie an Wagen vermehrt. Ende 1934 besassen die polnischen Bahnen 5 400 Lokomotiven, 12 000 Personenwagen und 160 200 Güterwagen.

Der Automobilverkehr hat in Polen bisher noch nicht so grosse Fortschritte gemacht, wie das in den westeuropäischen Staaten nach dem Kriege der Fall war. Das beruht zum grossen Teil auf dem ungenügenden Ausbau des Kunststrassennetzes im grösseren Teil des Landes, der in dieser Hinsicht schon unter der Herrschaft der Teilungsmächte vernachlässigt war. Diese Mängel konnte auch der polnische Staat noch nicht ausgleichen, denn die erst begonnene innere Kapitalbildung erlaubte noch nicht, so grosse Mittel für diesen Zweck freizustellen, wie sie die Hebung des Strassenwesens in Polen auf westeuropäischen Stand erfordern würde. Die Zahl der Kraftwagen ist in Polen verhältnismässig nicht gross; sie betrug 1934 35 173. Für die Entwicklung besonders der Personenbeförderung hat der Autobus-Fernverkehr grosse Bedeutung. 1934 gab es in Polen 1 408 Autobusse; die

Länge der von ihnen regelmässig befahrenen Strecken betrug 21 000 km, war also grösser als die der Eisenbahnlinien.

Der Luftverkehr besteht in Polen seit 1922. Gegenwärtig unterhält die polnische Luftverkehrsgesellschaft „LOT“ regelmässige Verbindungen auf einer Anzahl von Linien zwischen den grösseren Städten Polens sowie zwischen Polen und sieben anderen Staaten. 1934 wurden

DER AUSSENHANDEL
IN MILLIONEN ZLOTY



A EINFUHR B AUSFUHR C AUSFUHRÜBERSCHUSS D EINFUHRÜBERSCHUSS

auf diesen Linien 6 793 Flüge ausgeführt, insgesamt 1 715 000 km zurückgelegt und 18 301 Passagiere befördert. Im Post-und Telegrafenverkehr besass Polen Ende 1934 4 171 Postämter und 4 770 Telegrafenstationen. Die Länge der Telegrafenlinien betrug rund 26 800 km und die der Telefon-Fernlinien 33 600 km. Polen besitzt eine der stärksten Sendestationen Europas in Warszawa (158 kW). Ausserhalb von Warszawa gibt es noch in sieben anderen grösseren Städten des Landes Radiosender.

4. Der Aussenhandel.

Der Warenaustausch Polens mit dem Auslande wuchs von den Anfängen des polnischen Staates bis zu dem Augenblick, als überall der zwischenstaatliche Warenumsatz unter dem Einfluss der Weltkrise zurückging. Die Grundlage der Ausfuhr aus Polen bildet die hochentwickelte landwirtschaftliche Erzeugung, der reiche Vorrat an industriellen Roh- und Hilfsstoffen, die teils unverarbeitet, teils als Halbfabrikate ins Ausland gehen. Doch beginnen entsprechend dem Aufbau der Industrie auch die gewerblichen Fertigwaren eine immer grössere Rolle im Export zu spielen; sie gehen vor allem auf diejenigen Märkte, die die polnische Industrie in der Teilungszeit beherrschte. Gleichzeitig nimmt mit der Stärkung des eigenen Wirtschaftskörpers auch die Fähigkeit Polens für die Aufnahme ausländischer Erzeugnisse zu. In Anbetracht des grossen Investitionsbedarfs des Landes überwiegen in der Einfuhr die industriellen Artikel. Ausserdem wird Polen entsprechend der Entwicklung seines eigenen Gewerbes ein grosser Abnehmer ausländischer Rohstoffe und Produktionsmittel, welche es nicht selbst besitzt oder herstellt.

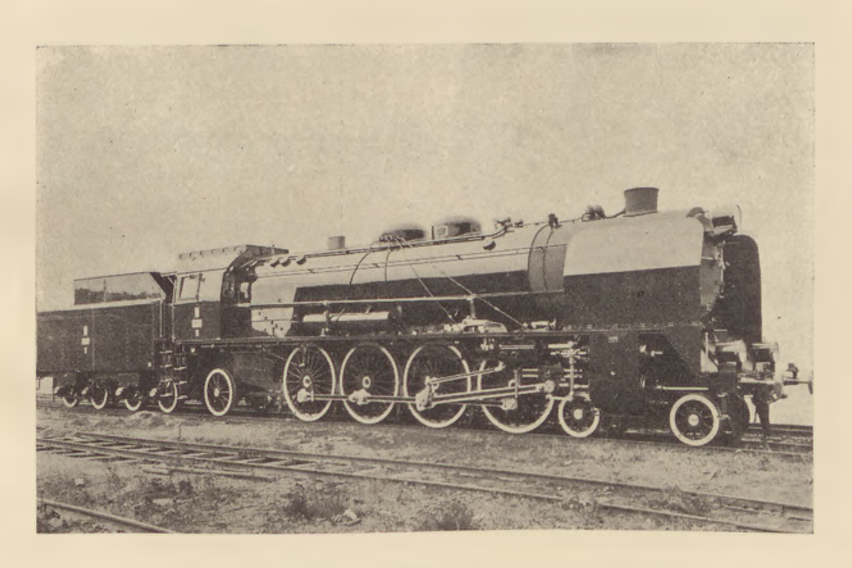
Die folgenden Ziffern geben den Wert der Handelsumsätze mit dem Ausland für die letzten Jahre (in Millionen Zloty):

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtumsatz	Überschuss + d. Ausfuhr — d. Einfuhr
1926	1 539	2 246	3 785	+ 707
1927	2 892	2 515	5 407	— 377
1928	3 362	2 508	5 870	— 854
1929	3 111	2 813	5 924	— 298
1930	2 246	2 433	4 679	+ 187
1931	1 468	1 879	3 347	+ 411
1932	862	1 084	1 946	+ 222
1933	827	960	1 787	+ 133
1934	799	975	1 774	+ 176

Die oben angegebenen Ziffern und die graphische Darstellung auf Seite 57 zeigen den starken Zuwachs des Warenaustausches mit dem



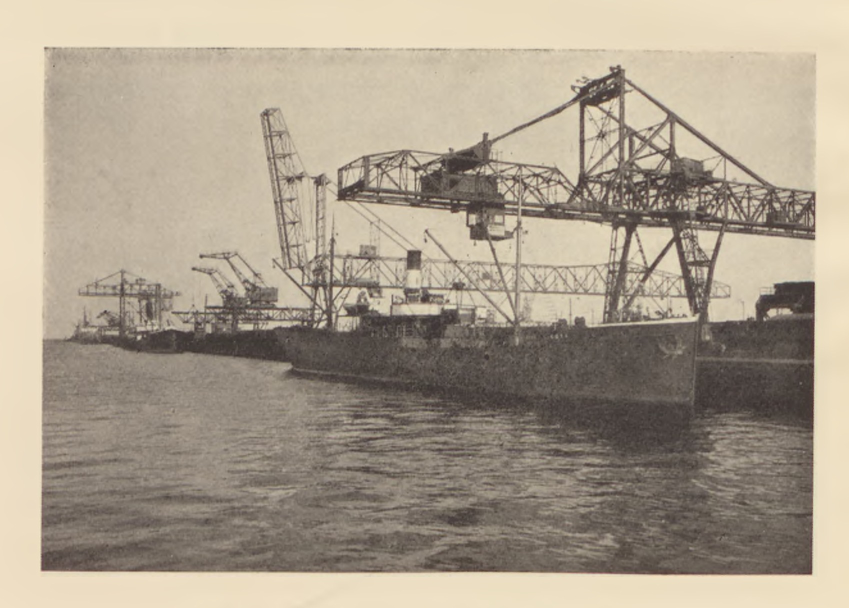
DREIMOTORIGES FLUGZEUG POLNISCHER HERSTELLUNG



MODERNE SCHNELLZUGLOKOMOTIVE POLNISCHER HERSTELLUNG



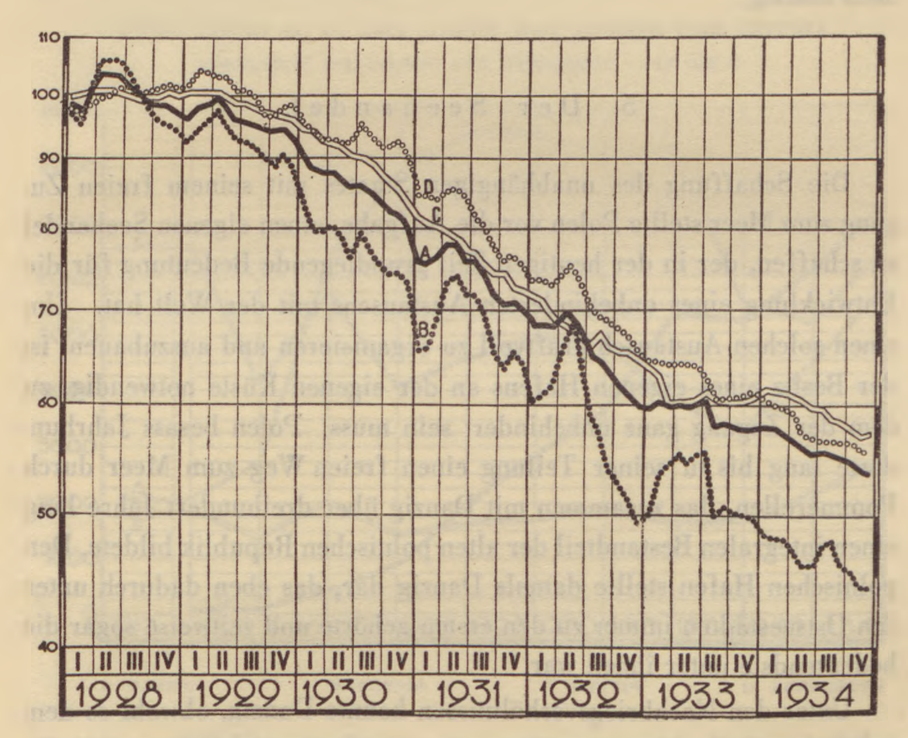
KOHLENVERLADUNG IN GDYNIA



VERLADEKRÄNE IM KOHLENHAFEN VON GDYNIA

Ausland besonders in den wirtschaftlich günstigen Jahren 1927—1929. Die Handelsbilanz ist damals passiv, da Polen viele Güter aus dem Ausland für Investitionen einführt, die durch den Zufluss fremder Kapitalien erleichtert werden. Unter dem Einfluss der beginnenden Wirtschaftskrise, die den ökonomischen Prozess zur Schrumpfung bringt und die Investitionstätigkeit hindert, fällt die Einfuhr stark und

INDEXZIFFERN DER PREISGESTALTUNG
(LOGARYTHMISCHE SKALA — BASIS : 1928 = 100)



A GESAMTINDEX DER GROSSHANDELSPREISE B PREISINDEX DER INLÄNDISCHEN AGRARPRODUKTE C PREISINDEX DER INDUSTRIEPRODUKTE D GESAMTINDEX DER KLEINHANDELSPREISE IN WARSZAWA

vermindert sich auch — in geringerem Masse — die Ausfuhr, so dass Polen seit Mitte 1929 eine recht aktive Handelsbilanz aufweist. Der Rückgang des Aussenhandels erfolgt in Polen gleichzeitig wie in allen Ländern. Dabei ist zu beachten, dass ausser der Verminderung der

Umsatzmenge auch die starken Preisrückgänge auf den Weltmärkten die Aussenhandelswerte herabdrückten, zumal diese Preisbewegung vor allem gerade Agrarprodukte und Rohstoffe traf, die die umfangreichsten Positionen innerhalb der polnischen Ausfuhr bilden.

Mit der Belebung, die im Wirtschaftsleben Mitte 1933 eintrat, liess auch der Rückgang des Aussenhandels nach, und das Jahr 1934 brachte auf der Ausfuhrseite bereits eine leichte Wertzunahme, wodurch der aktive Saldo der Handelsbilanz im Vergleich zum Vorjahr noch anstieg.

5. Der Seehandel.

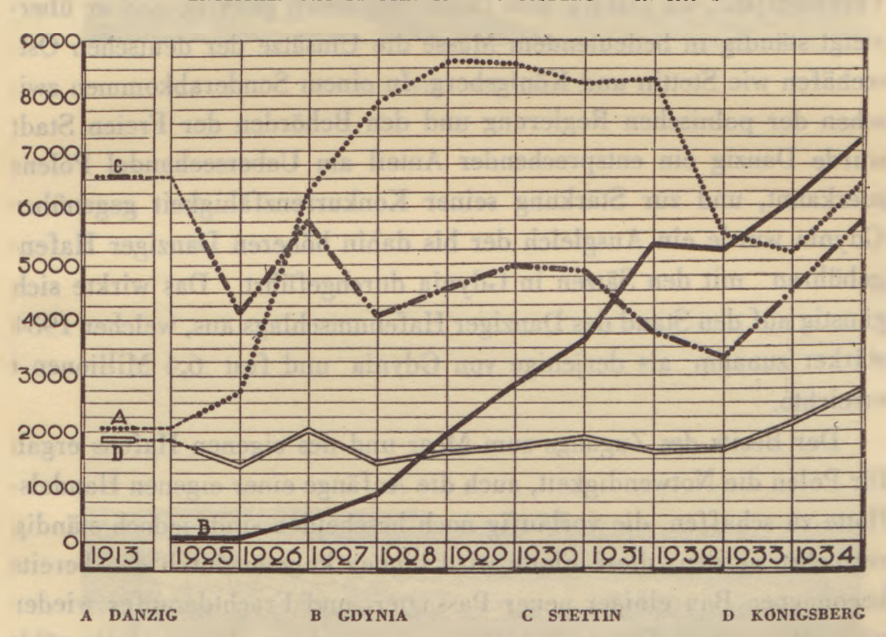
Die Schaffung des unabhängigen Staates mit seinem freien Zugang zum Meer stellte Polen vor die Aufgabe, einen eigenen Seehandel zu schaffen, der in der heutigen Zeit grundlegende Bedeutung für die Entwicklung eines unbehinderten Austauschs mit der Welt hat. Um einen solchen Austausch kraftvoll zu organisieren und auszubauen, ist der Besitz eines eigenen Hafens an der eigenen Küste notwendig, zu dem der Zugang ganz unbehindert sein muss. Polen besass Jahrhunderte lang bis zu seiner Teilung einen freien Weg zum Meer durch Pommerellen, das zusammen mit Danzig über dreihundert Jahre lang einen integralen Bestandteil der alten polnischen Republik bildete. Den polnischen Hafen stellte damals Danzig dar, das eben dadurch unter den Ostseestädten immer zu den ersten gehörte und zeitweise sogar die bedeutendste unter ihnen war.

Unter den Nachkriegsverhältnissen konnte Danzig, obwohl es dem polnischen Zollgebiet zugeteilt wurde, dem Seehandel Polens nicht die Bedingungen sichern, die für die volle und freie Entfaltung der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen eines Dreissigmillionen-Staates notwendig sind. Im Hinblick auf die grossen Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet und besonders auf den ständig wachsenden Anteil der über See gehenden Transporte an den Aussenhandelsumsätzen (gegenwärtig bereits fast 70 v. H. des gesamten Aussenhandels) musste

bald die Befürchtung entstehen, dass der eine Hafen in Danzig in nicht allzu ferner Zukunft für Polen nicht ausreichen würde. Diese Ueberzeugung gab den Ausschlag für den Bau des Hafens in Gdynia, der im Jahre 1923 begonnen wurde. Im Laufe einiger Jahre wurde dort, wo vorher nur ein kleines Fischerdörfchen gestanden hatte, eine grosse Stadt mit heute bereits 50 000 Einwohnern ausgebaut und einer der modernsten und bestorganisierten Häfen Europas. In den 10 Jahren seines Bestandes hat der Hafen von Gdynia sich an die Spitze

GÜTERUMSCHLAG IN DEN HÄFEN VON DANZIG UND GDYNIA

VERGLICHEN MIT STETTIN UND KÖNIGSBERG — IN 1000 T



aller Ostseehäfen gesetzt, indem er trotz der Krise seinen seewärtigen Warenumschlag ständig steigerte; 1934 betrug dieser bereits 7,2 Millionen t. Dank seiner Billigkeit und zuverlässigen Organisation beginnt er auch bereits eine gewisse Rolle als Durchgangshafen für die Nachbarländer wie die Tschechoslowakei und Rumänien zu spielen. Allmählich wird es nicht nur ein grosser Umladehafen, sondern auch ein immer wichtigeres Handels- und Industriezentrum, das die dorthin

beförderten Rohstoffe auch weiterverarbeitet, und zwar sowohl für die Bedürfnisse des Inlands als auch für die Rückausfuhr.

Wie stichhaltig die Gründe waren, welche Polen zum Bau des neuen Hafens veranlassten, zeigt bereits die Tatsache, dass neben dem Hafen von Gdynia auch der Danziger Hafen einen hohen Entwicklungsstand erreichte. 1930 betrugen seine Umladungen 8,2 Millionen t und brachten ihn damit an die Spitze aller Ostseehäfen. In den folgenden Jahren war die Beschäftigung des Danziger Hafens infolge der Verminderung des Aussenhandels zwar erheblich geringer; der Warenumsatz bleibt aber gegenwärtig noch mehr als zweimal so hoch wie im letzten Vorkriegsjahr, als Danzig zum Deutschen Reich gehörte, und er übersteigt ständig in bedeutendem Masse die Umsätze der deutschen Ostseehäfen wie Stettin und Königsberg. In einem Sonderabkommen zwischen der polnischen Regierung und den Behörden der Freien Stadt wurde Danzig ein entsprechender Anteil am Ueberseehandel Polens zuerkannt, und zur Stärkung seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber Gdynia wurde ein Ausgleich der bis dahin höheren Danziger Hafengebühren mit den Sätzen in Gdynia durchgeführt. Das wirkte sich günstig auf den Stand des Danziger Hafenumschlags aus, welcher 1934 stärker zunahm als derjenige von Gdynia und fast 6,4 Millionen t erreichte.

Der Besitz des Zugangs zum Meer und des eigenen Hafens ergab für Polen die Notwendigkeit, auch die Anfänge einer eigenen Handelsflotte zu schaffen, die vorläufig noch bescheiden sind, jedoch ständig vermehrt werden; diese Flotte wird binnen kurzem durch den bereits begonnenen Bau einiger neuer Passagier- und Frachtdampfer wieder um viele tausend Tonnen Schiffsraum anwachsen. Gegenwärtig zählt die polnische Handelsmarine 90 Seeschiffe mit zusammen 84 000 Reg.-Tons Brutto-Raumgehalt.

Das Werk, das auf unserem kleinen Uferstreifen mit einem grossen Aufwand von Arbeit und Kapital durch das ganze polnische Volk durchgeführt wurde, bildet die wertvollste Leistung der Nation in den ersten anderthalb Jahrzehnten ihrer wiedergewonnenen Freiheit. Es stellt ein Symbol des unbeugsamen Willens aller Polen dar, an diesem



GESAMTANSICHT VON GDYNIA 1920...



...UND 1933

Stück Ostseeküste, das schon für unsere Vorfahren in der alten Republik das Fenster in die Welt bildete und das uns nun, wenn auch enger begrenzt, wieder zugefallen ist, für immerdar unabhängige Herren zu bleiben.

*

Der hier gegebene kurze Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung Polens zeugt von den grossen wirtschaftlichen Aufbaukräften der polnischen Nation. Sie gaben ihr die Möglichkeit, in den Jahren der guten Konjunktur grosse Leistungen zu vollbringen, und sie geben Polen die Fähigkeit zu wirksamem Kampf mit der schweren Krise der letzten Zeit. Die Methoden dieses Kampfes stellt kurz der nächste Abschnitt dar.

POLEN IM KAMPF MIT DER WIRTSCHAFTSKRISE

Als die Wirtschaftskrise die ganze Welt zu erfassen begann, war die Einstellung der massgebenden Kreise in den einzelnen Ländern zu dieser Erscheinung nicht einheitlich. Manche Länder leugneten die Tatsache der Krise einfach, zahlreiche andere wandten sich künstlicher Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zu, andere schliesslich machten sich die ganze Bedeutung der ökonomischen Zusammenhänge klar und nahmen den schweren Kampf mit den Krisenfolgen auf, indem sie ihre Volkswirtschaft den neuen Bedingungen auzupassen suchten. In Polen wurde der eigentliche Charakter der Krise vielleicht rascher als anderwärts erkannt; man kam hier zu der grundlegenden Einsicht, dass das Ziel der Wirtschaftspolitik nicht die Wiederherstellung des Standes vor der Depression sein könnte, der, zumindest für längere Zeit, nicht wieder erreicht werden kann, sondern vielmehr die Schaffung eines neuen Gleichgewichts, das den veränderten Bedingungen entspricht. Aus dieser nüchternen Erfassung der ökonomischen Wirklichkeit ergibt sich der oberste Leitsatz der polnischen Wirtschaftspolitik: die Anpassung aller Elemente der Volkswirtschaft

an einen neuen, niedrigen Preisstand und an durchgängig verminderte Erträge.

Bei der Aufstellung der Richtlinien ihres Wirtschaftsprogramms musste die Regierung aber ausser den Lehren, die sich aus dem Wesen der Krise ergaben, auch die besonderen Bedingungen berücksichtigen, die für Polen massgebend sind. Auf diese Sonderbedingungen wurde schon in den ersten Abschnitten dieser Arbeit hingewiesen. Es sind dies vor allem der empfindliche Kapitalmangel, der sich aus den Kriegszerstörungen und den Folgen der Inflation ergab, ferner die grossen, bisher noch ungenutzten Möglichkeiten des Landes und schliesslich der überaus starke natürliche Bevölkerungszuwachs, welcher alljährlich Hunderttausende neue Arbeitskräfte schafft, die eben durch Ausnutzung dieser wirtschaftlichen Möglichkeiten beschäftigt werden müssen. Daraus folgt die Forderung, die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Verfassung für die Zukunft nicht nur unerschüttert zu halten, sondern noch zu stärken; daraus folgt insbesondere die Notwendigkeit sorgsamer Pflege der inneren Kapitalbildung, welche die Mittel zur produktiven Beschäftigung kommender Geschlechter bei der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes liefern kann.

Als wichtigste Bedingung für die Konsolidierung des Wirtschaftslebens und die günstige Entwicklung der Kapitalbildung wurde von der Regierung die Aufrechterhaltung der Währungsstabilität und im Zusammenhang damit auch die Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt erkannt; droht doch von dieser Seite gewöhnlich der Währung die grösste Gefahr. Dementsprechend wurde der polnische Zloty, wie vorher bereits dargestellt, von der Bank von Polen ständig auf Goldparität gehalten. Das geschah trotz der schweren Bewährungsproben, denen diese Haltung zu jener Zeit ausgesetzt war, als die grossen Erschütterungen auf dem internationalen Geld- und Kreditmarkt einen starken Abfluss ausländischer Kapitalien aus Polen veranlassten. Polen blieb eines der wenigen Länder, welche ihren Anschluss an den sogenannten Block der Goldstaaten erklären konnten.

Was die gleichfalls in einem früheren Abschnitt bereits ausführlicher besprochenen Fragen des Staatshaushalts anlangt, so sei nur unterstrichen, dass Polen einer der ersten Staaten war, die in Kampf mit dem drohenden Defizit schon in den ersten Krisenjahren zu einer radikalen Einschränkung der Ausgaben übergingen. Im Laufe der fünf Jahre seit 1930 wurde die Gesamtsumme der Staatsausgaben fast um ein Drittel herabgedrückt. Die Verminderung der öffentlichen Ausgaben war schliesslich auch im Hinblick auf die Entlastung des ganzen Wirtschaftslebens notwendig. In derselben Richtung sollen auch eine in Angriff genommene Reform der Sozialversicherung und Sanierungsmassnahmen in der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper wirken.

Andererseits bemühte man sich vor allem um die Umstellung des gesamten ökonomischen Lebens auf ein neues, bescheideneres Niveau; man suchte den Anpassungsprozess möglichst elastisch zu gestalten und gerade die meistbedrohten Wirtschaftszweige, soweit sie unter dem Gesichtspunkt der nationalen Gesamtinteressen unentbehrlich sind, in besonderen Schutz zu nehmen.

Die Krise trat in der polnischen Landwirtschaft etwas früher auf als in anderen Produktionszweigen und zeigte sich in einem gewaltigen Preissturz. Die ersten Bemühungen sollten diesen Sturz aufhalten und einen möglichst günstigen Preisstand für die Ackerbauprodukte wahren. Sehr bald wurde man sich aber darüber klar, dass die Wiederherstellung der früheren Preise unmöglich ist und dass die Hilfsaktion für die Landwirtschaft daher auch in anderer Richtung gehen musste. Die weiteren Massnahmen suchten die Preise in Polen von den Weltmarktpreisen loszulösen; durch entsprechende Gestaltung der Einfuhrzölle und Zollrückerstattung bei der Ausfuhr sind heute die inneren Preise in Polen um mehrere Zloty höher als die Exportsätze. Die Zollrückerstattung verfolgt auch den Zweck, die für den Inlandsverbrauch nicht benötigten Ueberschussmengen vom Markt zu schaffen. Um ein übermässiges Angebot nach der Ernte und den daraus entstehenden Preisrückgang zu verhindern, wurde ein System von Pfand- und Vorschusskrediten geschaffen. Schliesslich ergänzten noch

Interventionskäufe der „Staatlichen Getreideindustrie-Unternehmungen“ diese Methoden zur Regulierung von Angebot und Preisen. Doch konnten alle solche Massnahmen den Preisfall nur verlangsamen und mildern, nicht aber vollständig verhindern. Daher beschloss die Regierung, im Hinblick auf den Rückgang der Gelderträge der Landwirtschaft die Konsumkraft dieses Erwerbszweiges dadurch zu schützen, dass sie die Preise der vom Landwirt benötigten Waren herabdrückte und alle Kosten ermässigte, die die Agrarproduktion belasten. Die Herabsetzung der Industriepreise wurde in Polen auf dem Wege freier Verständigung mit den interessierten Gewerben und industriellen Organisationen durchgeführt, die ihrerseits vom Staate auch wiederum Hilfe in Gestalt von Steuernachlässen, Herabsetzung der Verkehrstarife usw. erhielten und tatsächlich die Preise der für die Landwirte wichtigsten Artikel mehrfach ermässigten. Herabgesetzt wurden die Preise für Kohle, Eisen, Erdöl, gewisse Textilwaren, Baumaterialien u. a. m. Nur in einigen wenigen Fällen musste die Regierung auf die Industrie einen gewissen Druck ausüben, um die notwendige Preisverminderung zu erzielen; das war z. B. mit der Zementindustrie der Fall, welche ihre Verkaufspreise auf künstlich hochgehaltenem Stand hielt, bis der Staat unter Anwendung des Kartellgesetzes das Zementkartell auflöste, worauf sofort ein Preisfall eintrat und der Zementabsatz erheblich anwuchs. Sowohl bei dieser Aktion wie bei vielen anderen ging die Regierung übrigens mit gutem Beispiel voran, indem sie ihrerseits die Preise für Kunstdünger herabsetzte, den die staatlichen Kaligruben und Stickstoffabriken liefern, und ebenso die Preise der Erzeugnisse der Staatsmonopole und die Höhe einer ganzen Reihe von öffentlichen Abgaben.

Als der Preisfall fortschritt, trat aber immer dringlicher das Problem der Herabsetzung der Produktionskosten und ihrer Vorbelastung in den Vordergrund, und ganz besonders die Frage der Entschuldung der polnischen Landwirtschaft. Die polnische Agrarwirtschaft war beim Einbruch der Krise nicht übermässig verschuldet; die Last der Verzinsung und Rückzahlung dieser Schulden, welche meistens kurzfristig liefen, war aber trotzdem ausserordentlich hoch, da in den Zeiten

guter Konjunktur auch die Leistung hoher Zinsen keine grösseren Schwierigkeiten verursachte. Die Verordnungen zur finanziellen Sanierung der Landwirtschaft sind inhaltlich in mehrere Gruppen zu sondern.

Zur ersten Gruppe gehören die Massnahmen, die sofortige Hilfe gegen die Folgen der Zahlungsschwierigkeiten in Form von ruinösen Versteigerungen bezweckten: Vorschriften über Mindestpreise bei den Auktionen, über die bedingte Hinausschiebung der Auktion bis zur Dauer eines Wirtschaftsjahrs und schliesslich ein Gesetz, in dem für die Landwirtschaft eine Einrichtung entsprechend der gerichtlichen Geschäftsaufsicht in Handel und Industrie eingeführt wurde.

Gleichzeitig mit dieser reinen Schutzgesetzgebung entwickelt sich ein System von Vorschriften, das den Landwirten die Schuldenzahlung erleichtern und die Kosten des Schuldendienstes ermässigen soll. Dazu gehören Verordnungen über die Zahlungsvergünstigungen, welche zur Sanierung der Güter den Verkauf eines Teils ihres Grundbesitzes erleichtern, und ergänzende Verordnungen über die Neuordnung der hypothekarischen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Parzellierung zu Entschuldungszwecken.

Die dritte Gruppe bildet eine Reihe von Gesetzgebungsakten, die sowohl die übermässigen, zum Teil wucherischen Zinssätze als auch eine allgemeine Reduktion der landwirtschaftlichen Schuldzinsen bei gleichzeitiger Verlängerung der Zahlungstermine für kurzfristige Verpflichtungen durchführte, ferner die langfristigen Zahlungen bequemer verteilte, die Abtragung der Rückstände ordnete usw. Eine Reihe von Gesetzgebungsakten dieser Art wurden durch das Konvertierungsgesetz vom 20. Dezember 1932 eingeleitet, welches die Verzinsung aller landwirtschaftlichen Pfandbriefdarlehen auf höchstens 4½% herabsetzte und ausserdem die Amortisierungsfristen verlängerte, die Rückzahlung des Kapitals für eine gewisse Zeit auch ganz aussetzte. Weitere Etappen bilden das Gesetz vom 29. März 1933 über Nachlässe für Verzinsung und Zahlungstermine aller anderen hypothekarischen Verbindlichkeiten, deren Zinssätze auf höchstens 6% begrenzt wurden, und schliesslich das Gesetz über die Schaffung einer Akzeptbank, die

den Abschluss freiwilliger Konvertierungsvereinbarungen zwischen den Schuldnern und den Kreditinstituten jeder Art erleichtern soll, indem sie den beteiligten Kreditanstalten entsprechende finanzielle Hilfe leistet.

Insgesamt brachten alle diese Massnahmen der Landwirtschaft unzweifelhafte Erleichterungen. Durch die Konvertierung des langfristigen Kredits verminderten sich die Lasten der Agrarproduzenten um nahezu 200 Millionen Zloty jährlich oder 40 v. H. des vorher von ihnen geleisteten Schuldendienstes. Was die Tätigkeit der Schiedsämter anlangt, die zur Umwandlung der kurzfristigen Agrarschulden nicht bankmässiger Art eingerichtet wurden, so erledigten sie bis Ende Oktober 1934 470 836 Fälle, die Schuldverpflichtungen von zusammen 191,3 Millionen Zloty betrafen, wobei 85 708 Versteigerungen hintangehalten wurden; die Akzeptbank bestätigte Abmachungen zwischen Schuldnern und Kreditanstalten über rund 140 Millionen Zloty bis Ende 1934.

Trotz dieser bedeutsamen Ergebnisse liess die Lage der Landwirtschaft keine gründliche Besserung erkennen, da die Getreidepreise weiterhin fielen; das zwang die Regierung zu weiteren Schritten zwecks Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe. Ein neues, Ende 1934 erlassenes Gesetz, das sich auf die in den letzten zwei Jahren gesammelten Erfahrungen stützt, erledigt diese Frage jetzt endgültig; es gewährt den Landwirten Erleichterungen, welche der Mehrzahl der Betriebe die Wiederherstellung ihres wirtschaftlichen Gleichgewichts und Ueberschüsse aus ihrer Arbeit sichern. Diejenigen Betriebe aber, welche auch nach dieser Entlastung nicht lebensfähig sind, werden liquidiert werden müssen. Das Gesetz sieht u. a. die Möglichkeit zur Umwandlung eines Teils der kurzfristigen Schulden in Pfandbriefdarlehen vor, für andere Schulden wird die Zahlung in Wertpapieren ermöglicht, und es bestimmt neue Zahlungstermine der Schulden und erweitert die Tätigkeit der Akzeptbank. Das grösste Entgegenkommen wird dabei den landwirtschaftlichen Kleinbesitzungen als den zahlreichsten gewährt, die vor allem die weitestgehende unmittelbare Staatshilfe erhalten.

Die Fortschritte in der Herabsetzung der landwirtschaftlichen Schuldenlast gehen mit einer allgemeinen Kreditverbilligung Hand in Hand. Die systematische Aktion, in welcher die staatlichen Bankinstitute eine führende Rolle spielten, ergab bereits ansehnliche Ergebnisse. Heute, da der polnische Geldmarkt immer flüssiger wird, wird der Abstand zwischen den Zinssätzen in Polen und im Ausland kleiner und kleiner.

Bei der Ausarbeitung ihrer eigenen Methode des Kampfs gegen die Krise hat die polnische Regierung alle Massnahmen vermieden, deren Effekt nur eine künstliche „Ankurbelung der Konjunktur" sein könnte. Das bedeutet aber nicht, dass die polnische Wirtschaftspolitik die Möglichkeiten zur Belebung der Produktion oder zur Vermehrung der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftszweigen vernachlässigt hätte.

In dieser Richtung arbeitete die Aussenhandelspolitik durch verschiedene Erleichterungen für den Export, Verbesserung seiner Organisation und Massnahmen zur Hebung der Qualität der Ausfuhrwaren sowie zur Sicherung breiterer Absatzmöglichkeiten auf den Auslandsmärkten. Ein beträchtlicher Fortschritt auf diesem Gebiet war die Einführung eines neuen Zolltarifs; er schützt diejenigen Produktionszweige, welche in Polen ausreichende Entwicklungsbedingungen finden, und gibt der Regierung die Möglichkeit, die Handelsbeziehungen mit dem Ausland auf neue, den veränderten Bedingungen angepasste Vertragsgrundlagen zu stellen. Dem gleichen Ziel strebt auch die Gewerbepolitik zu, welche sich um die Herabsetzung der Produktionskosten bemüht und dadurch die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarkts vergrössert, während gleichzeitig die entsprechende Verteilung der Staatsaufträge die saisonmässigen Rückgänge im Beschäftigungsstand milderte.

Am rührigsten betätigte sich die Wirtschaftspolitik aber in der Belebung der Baubewegung, und zwar sowohl zwecks Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen als auch zur Aufrechterhaltung der Produktion in einer Reihe von Gewerbezweigen.

Die öffentlichen Investitionen mussten allerdings infolge der Herabdrückung der Ausgaben im Staatshaushalt begrenzt werden. Doch bemühte sich die Regierung, durch möglichst wirtschaftliche Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel die wichtigsten Arbeiten wie den Ausbau des Hafens von Gdynia, der Wege und Eisenbahnen, der notwendigsten Staatsgebäude usw. fortzusetzen. Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang das Bestreben zu produktiver Ausnutzung der Fonds, die für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bestimmt sind. Der Arbeitslosen-Hilfsfonds wurde in einen Arbeitsfonds umgestaltet, der — zusammen mit dem später geschaffenen und organisch mit ihm verbundenen Investitionsfonds — eine ganze Reihe öffentlicher Arbeiten finanziert und dabei in grossem Umfang eigene Einnahmen nutzt, die den allgemeinen Staatshaushalt nicht belasten. Dabei wird die Finanzhilfe aus diesem Fonds überwiegend in Form von Krediten gegeben, und Bedingung für ihre Hergabe ist, dass der Empfänger auch gewisse Summen aus eigenen Mitteln bereitstellt. Dank der Anwendung dieses Grundsatzes war das wirtschaftliche Ergebnis der Tätigkeit dieser Einrichtungen bedeutend ergiebiger als bei ausschliesslicher Finanzierung öffentlicher Arbeiten durch den Staat.

Eine weitere Massnahme zur Erschliessung von wirtschaftlich produktiven Anlagemöglichkeiten bildet die vor ein paar Monaten herausgebrachte Investitionsanleihe in Höhe vom 230 Millionen Zloty. Die bedeutende Ueberzeichnung dieser Staatsanleihe bringt einen neuen Beweis der zunehmenden Verflüssigung des Geld- und Kapitalmarktes. Ihr Ertrag wird zum grössten Teil zur Finanzierung solcher wichtigen Investitionen bestimmt, wie der Erweiterung des Kunststrassennetzes und anderer Verkehrseinrichtungen, Wasserbauten, Ausbau des Hafens von Gdynia, Beschäftigung von Arbeitslosen bei öffentlichen Bauten u. ähnl. m.

Dasselbe Ziel der Mobilisierung möglichst umfangreicher Privatkapitalien bei verhältnismässig geringen öffentlichen Aufwendungen sucht auch die Baupolitik zu erreichen. An Stelle der Finanzierung grösserer Bauvorhaben, bei denen früher der Anteil der Staatskredite oft die Hälfte der Baukosten bedeutend überstieg, wurde das Haupt-

augenmerk auf die Unterstützung des Kleinhausbaus gerichtet. Die Aenderung in der Methode der Finanzierung von Eigenhäusern, die eine ausgezeichnete Anlage für die Ersparnisse kleiner Kapitalisten sind, erwies sich als recht vorteilhaft; die Mobilisierung verhältnismässig bescheidener Summen zu diesem Zweck aus staatlichen Fonds trug zu grösserer Belebung des Bauwesens bei, wobei der Anteil der Staatskredite an den Gesamterstellungskosten auf 20 bis 25 v. H. fiel.

*

Gestützt auf diese drei Hauptgrundsätze — Erhaltung der Grundlagen des Wirtschaftsapparats, Wiederherstellung des Gleichgewichts auf neuem, bescheidenerem Stand durch Beschleunigung der Anpassungsvorgänge und wirtschaftlichste Ausnutzung der vorhandenen Mittel — hat die ökonomische Politik des Staates im Kampf mit der Krise immer neue einmütige Anstrengungen und viele Opfer der ganzen Bevölkerung verlangt. Ihr ist es aber auch zu verdanken, dass die verhältnismässig schwache und junge Volkswirtschaft Polens aus der schweren Prüfung, von der manche andere und sogar wohlhabendere Länder schwer mitgenommen wurden, unerschüttert und konsolidiert hervorgeht. Eine neue Blüte wartet ihrer, sobald eine bessere allgemeine Wirtschaftskonjunktur eintritt.

INHALTSVERZEICHNIS

